Mittag=Ausgabe.

Annoncen=
Annahme=Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen=
Annahme=Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank".

Nr. 155.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 2. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung.

Berlin, 1. März. 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Graf Stolberg, v. Kameke, v. Stosch, v. Verdy u. A.

Der Abgeordnete Zimmermann ist gestern plötzlich verschieden. Der Reichstag ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend eine Ergänzung des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen u. s. w. in erster und zweiter Berathung ohne Debatte genehmigt worden ist, tritt das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 ein.

Bundesbevollmächtigter Kriegsminister von Kameke: Meine Herren, die verbündeten Regierungen sind sich wohl bewußt, daß mit der Novelle zum Militärgesetz Ihnen eine Vorlage von schwerer Tragweite unterbreitet worden ist. Ein Staat, wie unser deutsches Reich, kann es nicht dem Zufall überlassen, ob er im gegebenen Falle die Stärke besitzt, seine Freiheit und die Unabhängigkeit seiner Entschließungen zu wahren. Von seinen Staatsmännern wird vielmehr absolut verlangt, Sorge dafür zu tragen, daß das Gleichgewicht, welches in der Stärke des deutschen Reiches und seinen großen Nachbarn besteht, nicht wesentlich alterirt wird. Es kann keineswegs darauf ankommen, daß wir in den Ziffern stets gleich geben mit unseren Nachbarn, wohl aber darauf, daß wir nicht bis zur Hilflosigkeit überflügelt werden. Daß diese Beobachtung geschieht, brauche ich Sie wohl nicht zu versichern. Ich bin überzeugt, jedermann hat in dieser Beziehung zu dem leitenden Staatsmanne das vollste Vertrauen und weiß auch, daß er von der Militärverwaltung mit aller Treue unterstützt wird. Dies Vertrauen, meine Herren, verbunden mit der festen Ueberzeugung, daß Deutschland nur den Frieden erstreben kann, werden nicht verfehlen, Beruhigung in den Gemüthern und Zuversicht auf den Bestand der Verhältnisse herbeizuführen. Nach unserer Beobachtung hat sich nun die Anschauung gebildet, daß, seitdem unser Heer stärker fixirt worden ist, durch das Vorgehen unserer Nachbarn dasjenige Gleichgewicht verschoben ist, welches wir durch unser Militärgesetz vom Jahre 1874 angestrebt haben. Es ist eine Ausgleichung dieses Mißverhältnisses erforderlich und zwar sind es nicht Gründe akuter Natur, die augenblickliche politische Lage und dergleichen, welche dazu treiben, sondern dauernde Gründe, die Absicht auf alle Fälle unser deutsches Vaterland den Chancen, die im Schooße der Zukunft ruhen, gewachsen zu erhalten.

Die Veränderungen der Heereseinrichtungen unserer Nachbarn sind nun keineswegs plötzlich und erst jetzt eingetreten. Man könnte also fragen: „Da so lange gewartet ist, warum jetzt die Veränderung? warum wird nicht noch länger gewartet?" Hierauf kann ich die Antwort geben, daß die Militärverwaltung allerdings das Bedürfniß der Vervollkommnung bereits seit längerer Zeit erkannt hat, daß sie aber aus Achtung vor dem bestehenden Gesetz nicht damit hervorgetreten ist, weil das Gesetz hätte geändert werden müssen. Jetzt, wo die gesetzliche Regelung ihrem Ablauf entgegengeht, war es Pflicht, vor neuer Feststellung das Bedürfniß zu prüfen. Sollte diese Vorlage an eine Kommission verwiesen werden, so wird sich dort Gelegenheit finden, Ihnen die Ueberzeugung zu schaffen, daß Ab- und Nachhilfen erforderlich sind, und daß man durch die Maßnahmen der nachbarlichen Militärverwaltungen gezwungen war, mit der Vorlage vor Sie zu treten. Wenn Sie das einmal annehmen wollen, daß Ihnen eben die Ueberzeugung dort gegeben werden kann, so tritt die Frage in den Vordergrund: Wird durch die in der Vorlage vorgeschlagenen Mittel dem entstandenen Bedürfnisse in einer Weise abgeholfen, die die Kräfte des Landes am meisten schont? Meine Herren, glauben Sie nicht, daß ein Kriegsminister das, was man gewöhnlich Militärlast zu nennen pflegt, nicht zu würdigen versteht. Durch Berufung in der letzten Instanz in fast allen Entscheidungen mitzuwirken, die die bürgerlichen Verhältnisse betreffen, sammelt sich für ihn ein statistisches Material, aus welchem er den Einfluß des Heeresdienstes auf die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes wohl beurtheilen lernt, und gezwungen, jede Forderung vor Bundesrath und Reichstag zu vertheidigen, ist er auch an eine peinliche Erwägung des finanziellen Effekts seiner Postulate gewohnt. Was die persönliche Last betrifft, so ist der Grundsatz befolgt, sie auf möglichst Viele zu vertheilen; die allgemeine Wehrpflicht wird somit mehr zur Wahrheit gemacht, wenigstens erweitert und entsprechend gemildert. Man hätte vielleicht durch Verlängerung der Dienstzeit in der Landwehr auch die Mannschaften zur Kompletirung unserer Kriegsformation erhalten können, aber dann würden diejenigen Leute, die durch zwölfjährige Dienstzeit das Ihrige für die Sicherheit des Vaterlandes schon gethan haben, mehr belastet sein zu Gunsten Anderer, die lediglich durch eine hohe Loosnummer von der Pflicht frei wurden. Nur für den Theil der Heeresvermehrung, welcher augenblicklich bestimmt ist, in die Kriegsformation einzutreten, ist eine vollständige Absolvirung der Dienstpflicht in Aussicht genommen. Man gelangt dadurch dahin, daß diese Last nur auf 9 bis 10,000 Mann jährlich ausgedehnt wird; für diejenigen Mannschaften, welche bestimmt sind, die Lücken während eines entstandenen Krieges auszufüllen, ist die vollständige Absolvirung der Heerespflicht nicht beabsichtigt, obwohl in unsern Nachbarstaaten für diesen Zweck auch ausgebildete Mannschaften vorhanden sein werden. Bei uns besteht jetzt die Einrichtung, daß wir in die Ersatzbataillone Rekruten einstellen, die möglichst schnell ausgebildet und dann nachgeschickt werden sollen. Die Rapidität der neuern Kriege, die schnell erfolgenden Schläge, und die dann daraus schnell erwachsenden Verluste lassen nicht die Zeit, diesen Nachersatz auch nur nothdürftig kriegsgemäß auszubilden. Diesem Uebelstande soll dadurch abgeholfen werden, daß man diesen Leuten eine etwa fünfmonatliche Uebung im Frieden auferlegt. Ich muß hier gleich dem Gedanken entgegentreten, als ob aus dieser Maßregel zu folgern sei, wir brauchten für die Ausbildung der Soldaten im Frieden zu viel Zeit. Das ist keineswegs der Fall. Für den Nachersatz muß man sich mit der geringen Ausbildung begnügen, weil man eben nicht anders kann, und es geht allenfalls, weil derselbe in die geschulten Truppen hineingestellt wird und unter Anleitung der kriegsgebildeten Kameraden im Wechsel des Krieges und unter täglicher Gefahr schneller eine weitere Ausbildung bekommt. Der Rahmen aber, in den dieser jung ausgehobene Ersatz kommt, muß vollständig firm ausgebildet sein, sonst wird die weitere Ausbildung dieser jungen Mannschaften außerordentlich viel Blut kosten. Die Zahl der jährlich aufzustellenden Mannschaften dieser Kategorie würde jährlich durch den Etat festzustellen sein. Die Regierung beabsichtigt ihre Vorschläge dahin zu machen, daß in einiger Zeit die gesammte für die erste Einstellung in die Ersatzbataillone bestimmte Quote ihre vorläufige Ausbildung empfangen hat. Die Mannschaften, welche zu diesen Uebungen herangezogen sind, sind die, welche schon jetzt zum Ersatz bestimmt sind als Ersatzreserve erster Klasse. Die Zahl derselben ist so groß, daß bei der Einberufung zu den jährlichen Uebungen die bürgerlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse derselben volle Berücksichtigung finden können. Nun ist nach der jetzigen gesetzlichen Lage die Ersatzreserve 1. Klasse im Frieden von jener militärischen Verpflichtung frei; aber wenn man annimmt, daß diesen Mannschaften auch die volle militärische Dienstpflicht hätte zugemuthet werden können, so ist es gewiß keine übermäßige Belastung, wenn sie zu dieser kurzen periodischen Dienstleistung herangezogen werden. Eine zweite Maßregel, die das Gesetz vornimmt, ist die Ueberführung der Reserve zur Landwehr und der Landwehr zum Landsturm zum Frühjahrstermin. In den Materien des Gesetzes finden Sie die Begründung für diese Maßregel. Ich will nur erwähnen, daß die daraus erwachsende Last nur im Besuch einer Kontrolversammlung mehr besteht. Was nun die Kosten, das Budgetmäßige betrifft, so sind Ihnen die voraussichtlichen Bedürfnisse in den Motiven dargelegt, sowohl das laufende Bedürfniß, als auch das einmalige. Eine Einstellung von größeren Stäben ist fast gar nicht beabsichtigt, nur die Kadres für die neu zu formirenden Truppentheile sollen aufgestellt werden. Eine Errichtung von Kavallerie oder reitender Artillerie, als der theuren Truppentheile, ist ebenfalls nicht beabsichtigt. Ich würde also glauben, daß es kaum eine sparsamere Art der Abhilfe des entstandenen Bedürfnisses geben möchte. Ein Appell an den Patriotismus, das weiß ich, ist hier nicht erforderlich, aber erinnern möchte ich Sie an die Verantwortung, die Sie für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes durch Ihr Votum mit übernehmen. Der Reichstag ist sich bisher dieser Verantwortung stets im vollen Maße bewußt gewesen, und dies schließt keineswegs eine gründliche und sachliche Prüfung der Vorlage aus, sondern verlangt vielmehr dieselbe. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Ich bin dem Herrn Kriegsminister dankbar dafür, daß er sogleich erklärt hat, wie diese Vorlage nicht aus Gründen akuter Natur, sondern aus dauernd wirkenden Gründen hervorgegangen. Ich würde hiernach über die politische Situation des Augenblicks kein Wort mehr verlieren, wenn nicht Herr v. Kardorff neulich aus derselben Gründe für die Vorlage hergeleitet hätte. Das Einvernehmen mit Rußland sei nicht mehr wie bisher vorhanden, eine panslawistische und nihilistische Gährung könne nach außen explodiren. Meine Partei kann am wenigsten dem Verdacht ausgesetzt sein, optimistisch über Rußland zu denken. Noch vor drei Jahren, bei der Interpellation über die Goldzölle, schalt der Reichskanzler unseren Dilettantismus, welcher an der hundertjährigen erprobten Freundschaft Rußlands zu zweifeln scheine und nicht glauben wolle, daß Rußland statt eines Eroberungskrieges in der Türkei nur einen Kulturkampf für die Christenheit führe. Während damals der Herr Reichskanzler das Verhältniß zu Rußland zu optimistisch auffaßte, so scheint mir Herr von Kardorff jetzt eher in den entgegengesetzten Fehler zu fallen. Ob eine persönliche Gereiztheit der beiden Kanzler vorliegt, die im Widerspruch steht mit dem Einvernehmen der Souveräne, ob das Verhältniß der Kanzler nur ein Symptom ist für tieferliegende Umstände, wir wissen es nicht; denn kein Parlament der Welt erfährt so wenig über auswärtige Politik wie wir. Aus der offiziösen Presse wird man auch nicht klüger. An einem Tage erscheint in der „Nordd. Allg. Ztg." jener Artikel, der ausführt, daß eine Befestigung von Kowno die Basis einer aggressiven Politik Rußlands gegen Deutschland sei, und vierundzwanzig Stunden darauf kommt ein anderer Offiziöser zum Wort, schlägt dem ersteren piff, paff auf den Kopf, und versichert, dies sei so wenig aggressiv wie Deutschland aggressive Politik getrieben habe, indem es seit 1873 seine Festungen im Osten mit detachirten Forts umgeben. So unschuldig wird ja hier Niemand sein, zu meinen, die gereizten Nerven des Redakteurs der „Norddeutschen" machten die Geschäftswelt erzittern und es sei nur ein Interesse daran, wie Herr Pindter oder wie der Mann heißt, über Rußland denkt, was überall hin den Telegraphen in Bewegung setzt. Wir verstehen alles dies nicht, weil wir überhaupt über Rußland nur wissen, was in ganz Europa notorisch ist. Die alten Kräfte, welche bisher das russische Reich zusammengehalten, scheinen nach den neuesten Ereignissen dazu nicht mehr auszureichen. Rußland hat zwar im letzten Kriege eine Armee von 1½ Millionen Mann aufgeboten, aber dieses Aufgebot hat kaum ausgereicht, die Türkei, den kranken Mann in Europa, niederzuwerfen. Außerdem wissen wir nur, daß das Regierungsorgan, die „Provinzial-Korrespondenz", die Reise des Kanzlers nach Wien im vorigen Herbst als besonderen Triumph seiner Politik feierte. Man hat auch kein Recht zu sagen, daß für die Thronrede und den Kriegsminister die Sprache nur erfunden sei, um die eigentlichen Gedanken zu verbergen. So wenig man einerseits die augenblickliche Situation für die Vorlage anführen, sollte man nach der anderen Seite hin ihre Bedeutung übertreiben. Sie wird weder, wie v. Kardorff sich ausdrückt, Deutschland in Stand setzen, einer Welt in Waffen zu begegnen, noch ist nach ihrer Ablehnung die deutsche Wehrkraft dem Zufall überlassen, die Unabhängigkeit Deutschlands in seinen Entschließungen gefährdet. Auch des Auslandes halber sollte man die Bedeutung der Vorlage nicht übertreiben. Denn es heißt doch, den Eindruck einer schwachen Wehrkraft hervorbringen, wenn man dieselbe zuletzt als nur von 34 Bataillonen mehr oder wenig abhängig darstellt. Deutschland bedarf einer großen stehenden Armee. Nicht daß die Vorlage diese um $\frac{1}{18}$ erhöht, ist der Schwerpunkt derselben, sondern daß eine weitere Erhöhung eintritt, nachdem die Militärlast bereits so stark gesteigert ist. Daß eine größere Militärmacht kein Nachtheil ist, bedarf keines Beweises. Für uns handelt es sich hier darum, den Ausgleich zu finden zwischen den militärischen Anforderungen auf der einen Seite und den finanziellen und wirthschaftlichen Interessen andererseits. (Sehr richtig! links.) Die Nachhaltigkeit der Wehrkraft selbst hängt zuletzt auch von der Schonung der wirthschaftlichen Kräfte ab. Leicht ist die Wahrung der wirthschaftlichen Seite gewiß nicht, wenn die militärische Seite vertreten wird nicht blos von jenen kriegserprobten Generalen am Ministertisch, sondern auch von dem berühmtesten Strategen der Jetztzeit, bei dem zusammenwirkt das, was er sagt, und die Person, welche es sagt. Gleichwohl fordert gerade die gegenwärtige finanzpolitische Situation zu besonders strenger Prüfung auf. 70 Millionen neuer Steuern werden erhoben, ohne daß ein Steuererlaß eintritt. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers dafür erscheint um so schwerer, als, wie sich jetzt herausstellt, diese Vorlage schon geplant wurde, als der Herr Reichskanzler sich hier in jener Detailmalerei großer Steuererlasse erging. Man beruft sich auf die zentrale Lage in Europa. Aber diese Entdeckung ist nicht neu. Für Preußen in seiner Vereinzelung und für den norddeutschen Bund allein war dieselbe noch gefährlicher. Auch 1874 schilderte v. Moltke das Mißtrauen unserer Nachbarn. Wir hätten überall an Achtung, aber nirgends an Liebe gewonnen. Stets hat man auf die Möglichkeit einer Vertheidigung nach zwei Fronten Rücksicht genommen. Große Festungen sind seit 1873 im Westen und Osten verstärkt. Die Flotte ist verdoppelt, die Seeküste befestigt worden. Nicht mehr kann das kleine Dänemark unsere Häfen bedrohen, und der Rhein ist gedeckt durch jene fast uneinnehmbar gemachten elsässischen Festungen. Will man gegnerische Allianzen kombiniren, so sollte man doch auch die Eventualitäten nicht außer Acht lassen, daß Oesterreich-Ungarn eine Kriegsarmee von 1,100,000 Mann mit 717 Bataillonen besitzt. Aber freilich, unsere Militärverwaltung versteht sich nicht blos auf die Kriegstaktik, sondern ist auch in der parlamentarischen Taktik allen Zivilverwaltungen überlegen. (Heiterkeit.) So verschweigt sie in der Gegenüberstellung der Bataillonsziffer, daß Bataillon und Bataillon in Deutschland, Rußland und Frankreich nicht dasselbe ist, bei uns mindestens 549 Mann zählt, in Frankreich höchstens 330, in Rußland kaum 400. Man verschweigt, daß die Vermehrung der Bataillonszahl in Frankreich nicht eine Vermehrung der Infanterie, sondern eine Verminderung der Kompagniezahl bedeutet. Die Regimenterzahl ist in Frankreich dieselbe geblieben; das Regiment zählt jetzt 18 statt früher 21 Kompagnien, welche jetzt in 4 statt früher in 3 Bataillone eingetheilt werden. Das russische Regiment hatte früher 3 Bataillone à 5 und hat jetzt 4 Bataillone à 4 Kompagnien. Die „Preußischen Jahrbücher", während sie sonst mit Vorliebe gegen die deutschen Juden Krieg führen, bringen einen Krieg-in-Sicht-Artikel, der einen wahren Kriegsfanatismus gegen Frankreich und Rußland athmet. Jede Ziffer in diesem Artikel ist falsch. (Hört, hört!) Was soll man zu Historikern sagen, die nicht einmal die Jetztzeit richtig darstellen. Der Artikel behauptet, Frankreich habe seit 1875 die Friedenspräsenz um 144,000 Mann erhöht. Aber schon 1874 gab Herr v. Moltke die französische Friedenspräsenz auf 471,000 Mann an und heute beträgt sie 497,000. Wir selbst haben unser Effektiv seit 1875 um 35,000 Mann erhöht. Es ist überhaupt falsch, die französische Friedenspräsenz von 497,000 mit unserer Ziffer von 401,000 zu vergleichen. Denn jene 497,000 umfassen, was bei uns nicht der Fall, auch alle Offiziere, die Gendarmerie, alle Beamten, Zöglinge, Arbeiter in Werkstätten, die Einjährig-Freiwilligen, kurz Alles, was vom Militärbudget unterhalten wird. Läßt man dies wie bei uns außer Betracht, so ist die französische Friedenspräsenz eher schwächer als die unsrige. Besonders gilt dies von der Infanterie, welche seit 1875 keineswegs stärker geworden ist. Das deutsche Regiment zählt 1694, das französische 1560 Mann. Natürlich sind in Frankreich die Kompagnien um so schwächer, betragen nur 82 Mann, bei uns dagegen 137. Herr v. Moltke selbst hat 1877 noch hervorgehoben, daß solche schwache Kompagnien eine gründliche Ausbildung nicht ermöglichten. Von diesen schwachen Seiten der französischen Organisation als Folge der größeren Bataillonszahl aber spricht die Regierung nicht. Weil unsere stärkeren Bataillone den Stamm abgeben auch für neue Kriegsformationen, brauchen wir um so weniger Friedenskadres. Allerdings giebt die größere Zahl der letzteren Frankreich einen größeren Stamm von Offizieren, aber dies hängt auch nur mit einem sonstigen Mangel in der dortigen Heeresorganisation zusammen. Der Schlußstein der allgemeinen Wehrpflicht ist das Einjährig-Freiwilligen-Institut, die Pflanzschule der Reserve- und Landwehroffiziere. Diesen Schlußstein hat weder Frankreich noch Rußland bisher zu finden vermocht. In Rußland hat man den höheren Klassen nur eine mehrmonatliche Dienstzeit zuzumuthen gewagt; in Frankreich erklärte noch jüngst der Kriegsminister das Einjährigen-Institut, welches dort selbst Köche, Kleinhändler und Domestiken umfaßt, für unhaltbar. Deshalb fehlen in jenen Ländern die Reserve- und Landwehr-Offiziere, welche es in Deutschland ermöglichen, Kriegsformationen ohne irgend einen Friedensstamm zu bilden und selbst, wie 1870, Landwehrdivisionen zu formiren, für welche keinerlei Friedensstamm vorhanden war und welche doch alsbald an den Ehren und Siegen auf den Schlachtfeldern theilnehmen konnten. Die von der Militärverwaltung, vom Kiegsminister und vom Grafen Moltke nach 1874 noch ausdrücklich anerkannten Momente, die der numerischen Stärke auswärtiger Heere bei uns gegenübertreten, nämlich die Solidität und Schneidigkeit des Kriegsinstruments, die bessere Ausbildung unserer Truppen, die längere Dienstzeit, läßt man heute zurücktreten und stützt sich in den Motiven fast allein auf einen numerischen Vergleich der Kriegsstärke, der nach meiner Ansicht auch nicht zutreffend ist. Denn nach statistischen Ausweisen ist die Aushebung bei uns in jedem Jahre stärker gewesen als in Frankreich. So stellen wir jährlich 89,250 Mann Infanterie ein, während die 1879er Aushebung in Frankreich nur 82,275 Mann Infanterie ergab. Auch der in Motiven angestellte Vergleich, daß wir nur 12 Jahrgänge zur Verfügung hätten, Frankreich aber 14, ist sachlich nicht zutreffend; den 20 Jahren Kriegsdienstpflicht in Frankreich stehen 22 Jahre in Deutschland gegenüber. Denn es ist nicht richtig gehandelt, die Landwehr mit der Territorialarmee und den Landsturm mit der Reserve zu vergleichen. Denn nach dem Landsturmgesetz kann der Landsturm auch in die Landwehr eingestellt werden und sollte dieses Gesetz gerade zum Ausgleich dienen, daß in Frankreich die Territorialarmee bis zum 14. Jahrgang reicht. Noch eine Eigenthümlichkeit verbreitet falsche Vorstellungen über die Kriegsstärke dieser beiden Länder. Die Franzosen rechnen auf dem Papiel mehr Mann, als sie wirklich haben, wir rechnen weniger. Bei eintretender Mobilmachung folgen dann die Ueberraschungen, es wachsen, wie 1866 und 1870, bei uns die Formationen aus dem Boden selbst da, wo kaum Jemand vermuthet, daß Mannschaften dafür vorhanden sind. In Frankreich hat man die Territorialarmee überhaupt erst 1878 zum ersten Male zu einer Uebung herangezogen. Ein großer Theil derselben ist überhaupt noch nicht militärisch ausgebildet und es fehlt derselben die Hälfte der Offiziere. Allerdings hat man seit 1874 sowohl in Frankreich wie in Rußland mehr Mannschaften militärisch ausgebildet, und zwar weil man einsah, daß die bisherige Heeresorganisation nicht der Stärke der Bevölkerung entsprach. Deutschland hatte schon im März 1871 1,350,000 Mann unter den Waffen. Wir wollen auch nicht leugnen, daß wir heute bei demselben Aufgebot eine noch weit stärkere Kriegsarmee haben. Waren doch damals die älteren preußischen Provinzen im Stande, weil ihnen die Organisation eigenthümlich war, über 4 Prozent der Bevölkerung zur Armee zu stellen, während Baiern nur 3 Prozent, Staaten wie Sachsen und Mecklenburg kaum 2 Prozent stellten. Nachdem die starken Aushebungen aber zehn Jahre in ganz Deutschland stattgefunden haben, wird die Kriegsarmee überall 4 Prozent, also im Ganzen 1,700,000 Mann betragen, eine Armee, wahrscheinlich stark genug, wie

ein alter General im Befreiungskrieg es bezeichnete, um den Teufel aus der Hölle zu jagen. Dabei berücksichtige man, daß nach der Einrichtung der deuxième portion in Frankreich die Hälfte eines heute mobilen Bataillons nur 6—9 Monate gedient hat. Eine große Verstärkung würde die Kriegsarmee noch erhalten durch die beabsichtigte Ausbildung der Ersatzreserve 1. Klasse. Keine andere Armee hat noch diese Einrichtung. Was zur 1. Klasse kommt, entscheidet das Bedürfniß der Militärverwaltung. Jetzt werden 70,000 Mann jährlich der 1. Klasse überwiesen. Die Vorlage entscheidet nicht, ob diese sämmtlich oder im Ganzen nur 190,000 Mann ausgebildet werden sollen. Dies ist der schwerste Theil der Vorlage, nicht wegen der größeren Kosten, sondern der vermehrten wirthschaftlichen Last. Allerdings kann der einzelne Mann sich nicht darüber beklagen, daß ihm mit dieser Ausbildung ein Unrecht geschieht, weil die anderen ja jetzt noch viel länger dienen müssen. Aber die Familie empfindet es doch als eine Mehrbelastung, wenn neben dem Sohn, der bereits bei der Fahne steht, nun noch ein zweiter, wenn auch zu kürzerer Ausbildung, eingezogen wird. Allerdings hat eine ähnliche Einrichtung in Preußen früher bestanden, die der sogenannten Reserve-Rekruten mit sechsmonatlicher Dienstzeit, aber in Verbindung mit der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie. Die Forderung der Wiedereinführung dieser zweijährigen Dienstzeit müssen wir auch heute wieder erheben. Herr v. Roon erklärte 1862, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit der Reorganisation nicht in Widerspruch stehe. Jetzt wird noch nicht die Hälfte nach dem zweiten Dienstjahr entlassen, die Dienstzeit ist also durchschnittlich eine 2½-jährige. Von 1860—1875 aber ist sie eine kürzere gewesen. Mehr als die Hälfte wurde nach 20 Monaten entlassen und gerade die 1866 und 1870 kriegserprobten Truppen haben durchschnittlich nur 26—27 Monate gedient. Die Vorlage macht auch den Grund für das 3. Jahr nicht mehr geltend, daß darin erst das soldatische Bewußtsein erzogen werden müsse. Umgekehrt werden im dritten Jahre die Leute gerade überdrüssig und glauben, nichts Neues mehr lernen zu können. Sie wollen hier durch allerlei Zwangsparagraphen und Zölle der Landwirthschaft helfen, die Lehrlingsfrage lösen und dem Handwerke aufhelfen. Mehr als auf diesem Wege würde bewirkt, wenn das dritte Jahr für die bürgerliche Ausbildung freigegeben würde. Gewiß muß die militärisch-technische Ausbildung eine vorzügliche sein; aber wie Herr v. Moltke selbst einmal hervorhob, sind nicht blos die Ausbildungszeit, sondern auch das Ausbildungspersonal und die Anstalten mitwirkende Faktoren. An die Bildung der Offiziere werden jetzt höhere Anforderungen gestellt, auch die Ausbildung der Unteroffiziere ist besser geworden. Die neuen Kasernen erleichtern die militärische Ausbildung in jeder Beziehung. Der Generalstabsoffizier v. d. Golz — als er die neulich erwähnte Schrift geschrieben hatte, blieb er freilich nicht mehr im Generalstab — kommt nach seinen Erfahrungen bei der Loire-Armee zu ähnlichen Schlußfolgerungen in Bezug auf die Ausbildung der Ersatzreserve wie die Vorlage, bemerkt alsdann, die Abkürzung der 3jährigen Dienstzeit sei selbstverständlich in der Voraussetzung besserer Kasernen und Schulanstalten. Die Vorlage stellt zwar 26,000 Mann auf die Beine, aber ohne Offizier, Unteroffizier und Kasernen. Die Offiziere und Unteroffiziere müssen den anderen Truppentheilen entnommen werden, obwohl diese selbst nicht die etatsmäßige Zahl davon besitzen. Ebenso fehlen ohnehin schon jetzt für 60,000 Mann die Kasernen und werden letztere auch erst nach Jahrzehnten hergestellt werden können. Staatssekretär Scholz hat es bei der Budgetberathung geleugnet, daß die Steigerung des Militäretats die Hebung des Volksschulwesens verhindere. Aber seitdem 1875 hier der Militäretat um 60 Millionen erhöht wurde, ist die Dotation des Volksschulwesens in Preußen nicht mehr erhöht worden. Geradezu erschrocken sind wir in Preußen, als uns mitgetheilt wurde, daß noch 11,987 Lehrer fehlen, um vakante Stellen zu besetzen und es zu ermöglichen, daß auf keinen Lehrer mehr als 80 Kinder zum Unterrichten kommen. 3990 Lehrer haben bei uns jetzt sogar mehr als 120 Schüler, 919 sogar mehr als 200 Schüler zu unterrichten. — Die Frage der neuen Artillerieformation ist eine mehr technische als militärpolitische. Allerdings hat Frankreich in den Friedensformationen der Feldartillerie — nicht auch der Fußartillerie — einen Vorsprung vor uns und die Frage kann sich in der Kommission nur darum handeln, ob die Möglichkeit, Reservebatterien zu vermehren, wie dies 1870 geschah, ausreicht, den Mangel an Friedenskadres zu ersetzen. Aber auch hier entsteht die Frage, ob eventuell die Mehrbelastung nicht auszugleichen ist durch Einführung jener Winter-Manquements bei den Spezialwaffen, welche 1860—75 bestanden haben. Wir haben mehr Kavallerie als Frankreich und selbst Rußland. Gewiß haben die neueren Kriege die Bedeutung der Kavallerie für die Aufklärung des Terrains und die Verdeckung der eigenen Bewegungen in volles Licht gestellt. Wenn gleichwohl Frankreich trotz seinen Erfahrungen mit unseren Ulanen seine Kavallerie nicht entsprechend vermehrt hat, so ist es geschehen in der Einsicht, daß die Verwendung der Kavallerie in der Schlacht selbst, unbeschadet der großen Tapferkeit, welche die französischen Kürassiere bei Reichshofen, die Halberstädter Kürassiere bei Mars-la-Tour gezeigt, heute nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher hat. Gewiß ist es richtig, der neueren Entwicklung des Heerwesens neue Formationen folgen zu lassen; aber ebenso nahe läge es, alte, nicht mehr zeitgemäße Formationen, wie z. B. die Kürassierregimenter, deren Bedeutung nicht mehr den großen Kosten entspricht, aufzulösen. Unabhängig von der Frage, wie hoch die Präsenzstärke sein soll, ist die Frage, auf wie lange dieselbe festgesetzt werden soll, ob auf 7 oder weniger Jahre. Zu einer je höheren Ziffer man sich entschließt, um so kürzer muß die Zeit bemessen werden, denn um so mehr hat man Veranlassung, in kurzen Zwischenräumen wiederholt zu prüfen, ob die hohe Militärlast sich noch rechtfertigt. Wir stehen in dieser Frage auf unserem alten Standpunkt. Nachdem die Kadreszahl dauernd festgestellt ist und damit eine feste Grundlage gegeben, muß die Entscheidung, wie stark die Präsenz im feststehenden Rahmen jeweilig sein soll, alljährlich beim Budget erfolgen, wenn überhaupt die Staatsbelastung bemessen wird. Je höher die Last ist, welche die allgemeine Wehrpflicht auferlegt, um so nothwendiger ist es, daß durch unsere Verhandlungen der Beweis geführt wird von der Nothwendigkeit dieser Last, damit das Bewußtsein hieran im Volke lebendig bleibt und es dieselbe mit jener Freudigkeit trage, welche die allgemeine Wehrpflicht für das Volk erst fruchtbar macht. In keinem Lande der Welt gehören Heer und Volksvertretung mehr zusammen, ebenso wie die Krone bedarf der deutsche Reichstag einer starken Armee und die Armee eines angesehenen Reichstags, denn die deutsche Armee als eine unter viele Kontingentsheere gegliederte erheischt den Zusammenhang mit dem Reichstag als einem einheitlichen Faktor. Die deutsche Armee und der deutsche Reichstag sind beide gleichmäßig Grundpfeiler der deutschen Einheit, und je weniger man ihr Verhältniß unter ein Ausnahmerecht stellt, den lebendigen Zusammenhang löst, um so tüchtiger werden sie sich beide erweisen, als die Unterlage des nationalen Baues der deutschen Einheit. (Lebhafter Beifall links.)

Nach dem zweistündigen Vortrage des Vorredners verlangt unter allgemeiner Spannung Abg. Graf v. Moltke das Wort: Wer möchte in Abrede stellen, daß ganz Europa unter dem Druck eines bewaffneten Friedens seufzt; es ist das gegenseitige Mißtrauen, welches die Nationen gegen einander in Waffen hält. Kann dieses Mißtrauen überhaupt beseitigt werden, so wird es immer noch eher geschehen durch Verständigung von Regierung zu Regierung als wie durch andere Mittel, durch die babylonische Verwirrung von internationaler Verbrüderung, internationalen Parlamenten und was in der Richtung vorgeschlagen wird.

Meine Herren! Alle Nationen bedürfen gleichmäßig des Friedens, und ich möchte behaupten, alle Regierungen werden den Frieden halten, so lange sie stark genug sind, um es zu können. Viele betrachten ja die Regierung wie eine Art feindlicher Macht, die man nicht genug einschränken und beengen kann. Ich meine, man sollte sie in aller Weise stärken und stützen. Eine schwache Regierung ist ein Unglück für jedes Land und eine Gefahr für den Nachbarn. Wir haben alle Kriege ausbrechen sehen, die weder das Staatsoberhaupt noch das wirkliche Volk gewollt haben, sondern die Parteihäupter, welche sich zu seinen Wortführern aufwerfen, die leicht beeinflußbare Menge und schließlich auch die Regierung nach sich zogen. Annexions- und Revanchegelüste, Mißbehagen über innere Zustände, das Streben, stammverwandte Völkerschaften an sich zu ziehen, die im Laufe der Zeiten anderen Staatenbildungen eingefügt sind, dies und vieles Andere kann auch in Zukunft immer wieder neue Verwickelungen hervorrufen und so fürchte ich allerdings, daß wir noch lange die schwere Rüstung tragen müssen, welche unsere geschichtliche Entwickelung und unsere Weltstellung uns aufnöthigen. Geschichtlich sind wir ja als Reich ein Neuling in der europäischen Staatenfamilie und den Eindringling betrachtet man immer mit Mißtrauen, so lange wenigstens, bis man ihn besser kennen lernt. Was dann unsere geographische Lage betrifft, — ja. m. H., alle unsere Nachbarn haben mehr oder weniger, ich möchte sagen, Rückenfreiheit; sie haben Pyrenäen und Alpen hinter sich oder halbbarbarische Völkerschaften, die sie nicht zu fürchten brauchen. Wir stehen unter den großen Mächten mitten inne. Unsere Nachbarn im Westen und Osten haben nur nach einer Seite Front zu machen, wir nach allen; sie können und sie haben schon im Frieden einen bedeutenden Theil ihrer Heeresmacht nahe an unseren Grenzen dislozirt, während unsere Regimenter gleichmäßig vertheilt stehen über das ganze Reich. Wir brauchen darin keine feindselige Absicht zu suchen. Wenn unsere Nachbarn wirklich Gefahr von Deutschland besorgen, so haben sie ja von ihrem Standpunkt Recht; aber wir müssen doch mit diesem Verhältniß rechnen.

Dazu kommt nun das stete Anwachsen der Heere um uns. Rußland hat mit gutem Grund schon vor dem Türkenkriege eine erhebliche Erweiterung seiner ohnehin starken Heeresmacht angeordnet und hat diese Organisation nach dem Frieden durchgeführt und beibehalten. Rußland stellt 24 Reserve-Infanterie-Divisionen und 24 Reserve-Artillerie-Brigaden neu auf und hat außerdem 152 Infanterie-Regimentern die vierten Bataillone zugeordnet. Die jetzt so aufgeregte russische Presse hat sich damals über diesen Gegenstand sehr schweigsam verhalten und der ganze Vorgang hat kaum einen Wiederhall in der ausländischen Presse gefunden.

Was Frankreich anbelangt, so habe ich allerdings den Artikel in den preußischen Jahrbüchern nicht gelesen. Ich komme auf Grund der Daten, die mir zu Gebote stehen, allerdings zu einem anderen Resultat als der Herr Vorredner. Ich werde nur einige wenige Hauptsummen angeben und Sie mit den Details verschonen.

Im Feldzug 1870 trat Frankreich uns entgegen mit 8 Armeekorps, gegenwärtig besitzt es deren 19. Damals hatte es 26 Infanterie-Divisionen, jetzt 38; damals 26 Kavallerie-Brigaden, jetzt 37. Die Stärke der französischen Armee in ihrer ersten Aufstellung betrug 336,000 Mann; gegenwärtig kann Frankreich uns nach den Etatszahlen entgegenstellen 670,000 Mann. Die Territorialarmee ist darin nicht eingerechnet. Ich komme zu dem Resultat, daß Frankreich seit dem Jahre 1874, also in 6 Jahren, seine Armee mehr als verdoppelt hat (Hört! Hört!) und, meine Herren, in dieser selben Zeit oder vielmehr schon seit dem letzten Frieden sind wir ruhig stehen geblieben bei 1 Prozent einer antiquirten Volkszählung.

Es kommt sodann in Betracht der hohe Präsenzstand unserer Nachbarn. Frankreich hält nach meiner Berechnung allerdings, wie der Herr Vorredner ganz richtig bemerkt hat, einschließlich der Gendarmerie, die aber in Frankreich zur Armee zählt, unter den Waffen 497,000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen stärkeren Bevölkerung 401,000 Mann bei den Fahnen hat. Das ist eine Differenz von 100,000 Mann. Die russische Friedenspräsenz beträgt das Doppelte der unsrigen: 800,000 Mann. (Hört!) Für die Kriegsstärke tritt sodann natürlich in Betracht die Zahl der Jahrgänge, welche verfügbar sind, die Dauer der Verpflichtung zum Dienst, und da finden Sie in Frankreich 20 Jahre, in Rußland 15 und bei uns 12. Ja, meine Herren, auf welcher Seite liegt hier eine Drohung, eine Gefährdung des Friedens? Und dabei muthet man uns zu, großmüthig das erste Beispiel der Entwaffnung zu geben! (Sehr gut!) Hat der deutsche Michel überhaupt jemals das Schwert gezogen, als wie sich seiner Haut zu wehren? (Beifall.) Wenn nun unter diesen Umständen die Regierung glaubt, eine mäßige Vermehrung unserer Friedenskadres beantragen zu müssen, können wir uns dagegen verschließen, wenn wir nicht ganz hinter unseren Nachbaren zurückbleiben wollen? Man hat ja nun das Auskunftsmittel der zweijährigen Dienstzeit vorgeschlagen, man verspricht sich davon nationalökonomische und finanzielle Vortheile. Ich weiß nicht recht, wie man sich die Sache denkt. Soll bei der zweijährigen Dienstzeit die jetzige Kopfstärke der Bataillone beibehalten werden, so fällt ja selbstverständlich jede finanzielle Ersparniß weg, im Gegentheil, es würden noch erhebliche Mehrausgaben entstehen für Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung der dann sehr viel zahlreicheren Reserven und Wehrmänner. Ein volkswirthschaftlicher Erfolg ist ebensowenig abzusehen, denn offenbar kommt es ganz auf dasselbe hinaus, ob zwei arbeitsfähige Männer drei Jahre lang oder drei arbeitsfähige Männer zwei Jahre lang der produktiven Thätigkeit entzogen bleiben. So wird die Sache also wohl nicht gemeint sein, sondern es scheint, man will einfach einen ganzen Jahrgang streichen, die sämmtlichen Bataillone auf Zweidrittel ihrer Stärke herabsetzen. Ja dann erzielt man allerdings im Präsenzstande eine Erleichterung; aber dem gegenüber fällt denn doch auch der militärische Effekt der Maßregel in die Wagschale, der, daß quantitativ zwar die Armee unverändert bleibt, qualitativ aber ihr innerer Werth bedeutend herabgesetzt wird. Unsere Armee steht hinter den Armeen unserer Nachbarn zurück in der Zahl. Sie kann es nur ausgleichen und sie gleicht es aus durch ihre innere Tüchtigkeit. (Beifall.) Und daran sollte man nicht rühren. Die zweijährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke besonders derer, welche selbst dazu berufen sind, in einer möglichst kurzen Zeitfrist aus einem Rekruten einen Soldaten zu machen (Sehr gut!), d. h. einen Mann, der nicht blos Parademarsch übt und auf die Wache zieht, sondern der in gründlicher Kenntniß seiner komplizirten Waffe und in vollem Vertrauen auf dieselbe unter den schwierigsten Verhältnissen selbstständig handeln soll, einen Mann, der gelernt hat, zu gehorchen und zu befehlen, denn auch der letzte Muskentier wird Vorgesetzter, sobald er auf Posten steht oder eine Patrouille führt. Diese Aufgabe ist so leicht nicht, wie es vielleicht am Schreibtisch aussieht. Es handelt sich dabei nicht blos um die technische, handwerksmäßige Abrichtung des Mannes, damit werden wir allerdings fertig in den 20 Wochen, die hier für Uebungen der Ersatzreserven vorgeschlagen werden, damit stellen wir ein Material her, welches mit Nutzen in den festen Rahmen der Armee eingereiht werden kann, aber niemals den Kern der Armee bilden kann. Es handelt sich um weit mehr, es handelt sich um die Ausbildung und Festigung moralischer Eigenschaften, um die militärische Erziehung des Jünglings zum Mann. Das läßt sich nicht einexerziren, es will eingelebt und angewöhnt sein. Ich nehme Ihre Zeit nicht in Anspruch mit Darlegung der Nachtheile, welche aus kleinen Cadres für die Ausbildung der Mannschaft und namentlich ihrer Führer erwachsen. Ich gehe nicht ein auf die Schwierigkeiten, die bei sehr schwachen Bataillonen entstehen, bei der plötzlichen Verdreifachung der Mannschaft im Falle der Mobilmachung. Ich will nur beiläufig noch bemerken, daß unsere Nachbarn im Westen, die doch auch ein militärisches Urtheil haben, trotz wiederholter Anforderungen die Dienstzeit in der französischen Armee nicht herabgesetzt haben. Sie halten drei Jahre, die wir ja nicht erreichen, für nicht ausreichend, um einen Soldaten auszubilden. (Hört!) Sie werden jedenfalls zugeben, daß der gegenwärtige Augenblick der ungünstigste für eine so tiefgreifende Maßregel wäre. Man kann es ja aufrichtig beklagen, daß die eiserne Nothwendigkeit dazu zwingt, der deutschen Nation neue Opfer aufzuerlegen, freilich nur durch Opfer und harte Arbeit sind wir überhaupt erst wieder eine Nation geworden (Beifall), und welche größeren Opfer als die hier geforderten eine feindliche Invasion nach sich zieht, das haben die Aeltesten von uns noch selbst erlebt. Schon allein der Kredit des Staates beruht auf der Sicherheit desselben. Welche Panik würde an der Börse ausbrechen, wie würden alle Besitzverhältnisse erschüttert werden, wenn die Fortdauer des Reiches auch nur angezweifelt werden könnte. Vergessen wir doch nicht, daß seit dem Verfall der deutschen Kaisermacht Deutschland das Schlachtfeld und das Entschädidungsobjekt für die Händel aller anderen gewesen ist, daß Schweden, Franzosen und Deutsche Deutschland auf mehr als ein Jahrhundert in eine Wüste verwandelt haben. Sind nicht die großen Trümmer am Neckar, am Rhein und tief in's Land hinein bleibende Denkmäler unser einstigen Schwäche und des Uebermuths unserer Nachbarn? Wer möchte auch nur die Tage zurückrufen, wo auf das Machtgebot eines fremden Herrschers deutsche Kontingente gegen Deutschland marschiren mußten. Schützen wir vor Allem die Ehre und Sicherheit des Reiches, wahren wir die langersehnte, die endlich erreichte Einheit der Nation, fahren wir fort, Frieden zu halten, so lange man uns nicht angreift, Frieden zu schützen auch nach Außen, soweit unsere Kräfte reichen. Wir werden in diesem Bestreben vielleicht nicht allein stehen, sondern Bundesgenossen finden. Darin liegt für Niemanden eine Drohung, wohl aber eine Bürgschaft für friedliche Zustände in unserem Welttheil, vorausgesetzt, daß wir stark und gerüstet sind: Mit schwachen Kräften, mit Armeen auf Kündigung läßt sich das Ziel nicht erreichen. Nur in der eigenen Kraft ruht das Schicksal jeder Nation. (Beifall.) Ich muß die Vorlage der Regierung als eine gerechtfertigte, zeitgemäße und nothwendige anerkennen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Die Worte des Grafen Moltke finden bei uns immer sympathisches Entgegenkommen; wir theilen auch seine Grundanschauung, daß für die Sicherheit der Nation jedes nothwendige Opfer gebracht werden muß. Aber es fragt sich, wie weit die Leistungsfähigkeit der deutschen Nation reicht. Diejenige Zahl von Soldaten, die wir im Verhältniß zur Bevölkerung haben müssen, damit Deutschland nicht wehrlos sei, haben wir längst. Die deutsche Nation seufzt schon lange unter dem Druck der persönlichen und steuerlichen Lasten, die ihr aus den militärischen Leistungen erwachsen. Eine Erleichterung von diesem Drucke ist uns formell zugesagt worden. Bei Gründung des deutschen Reiches wurde von allen Seiten die frohe Botschaft verkündigt, daß die preußische Militärlast, die der Minister v. Roon selbst als eine übermäßige anerkannte, nunmehr vermindert werden könne, da Süddeutschland einen Theil derselben mittragen werde. Wir werden daher eine numerische Erhöhung der Kriegsstärke nur dann bewilligen, wenn eine gleichzeitige und gleichwerthige Kompensation durch Herabsetzung der Dienstzeit eintritt, so daß die Friedensstärke nicht vermehrt wird. Man hat uns freilich von anderer Seite zu verstehen gegeben, daß wir im Zentrum durch einen solchen Ausspruch die Interessen schädigen, an denen wir mit ganzem Herzen hängen. Ich glaube freilich nicht, daß man an maßgebender Stelle ebenso denkt. Wir halten uns aber nicht für berechtigt, unser Parteiinteresse zu verfolgen, wo es sich um das Wohl der Gesammtheit handelt. Unser Volkswohlstand bietet den trübsten Anblick; da die Bestände der Vergangenheit, wie der Sekretär des Reichsschatzamts uns sagte, aufgezehrt sind. Daher bringen die alten Reichssteuern schon nicht mehr die früheren Erträge. Die deutsche Nation bedarf einer moralischen, religiösen und materiellen Stärkung. Dadurch allein auch können wir die unter unseren Füßen wühlende soziale Revolution bekämpfen. Der türkische Krieg hat uns gelehrt, daß wir weder von Rußlands Freundschaft, noch von seiner Feindschaft etwas zu erwarten haben. Man kann dort wohl konstatiren, wie viel Geld in die Tasche eines Generals wandert, aber nicht, wie viel Soldaten er dafür hält. Darum lege ich auf die statistischen Nachrichten über das russische Heer keinen Werth. Die Stärke und Gefährlichkeit Frankreichs verkenne ich nicht, aber diesem Feinde allein gegenüber ist das deutsche Reich heute wahrscheinlich noch mächtiger als 1870. Daß wir aber eine an Zahl der russischen und der französischen zusammengenommen gleiche Armee aufstellen sollten, einen solchen Unsinn muthen uns nicht einmal die Motive der Vorlage zu. Gegenüber der Gefahr eines Koalitionskrieges ist auf unsere Bundesgenossen hinzuweisen. Es war die weiseste politische Handlung des Reichskanzlers, daß er unter Ueberwindung aller, vielleicht berechtigter Eigensuchtsgefühle in Wien ein Abkommen geschlossen hat, dessen Inhalt wir zwar nicht kennen, obwohl wir einen Anspruch darauf hätten, das aber jedenfalls förderlich sein wird, und bei dem es sich nicht fragt, wer der Betrüger und wer der Betrogene ist, sondern die Solidarität der deutschen und der österreichischen Interessen zum Ausdruck gekommen ist. Wäre aber auch jetzt eine Vermehrung des Präsenzstandes nöthig, warum müssen wir ihn dann gleich auf sieben Jahre bewilligen? Die Präsenzstärke soll sich nach der jedesmaligen Finanzlage und dem Bedürfniß richten. Die Heranziehung der Ersatzreserve zu Uebungen finde ich ganz berechtigt; ich kann es nicht begreifen, daß man sie bis jetzt frei lassen konnte. Ebenso halte ich eine Steuer für die erwerbsfähigen vom Militär gänzlich befreiten Personen für gerecht, wenn nur das richtige Geld- und Zeitmaß für Erhebung derselben gefunden wird. Wenn man aber die Ersatzreserve einzieht, so ist es besser, sie die Uebung auf einmal abmachen zu lassen, als in vier verschiedenen Jahren, da jede Einziehung die Leute aus ihrer Stellung bringt. Endlich meine ich, daß wir unsere Macht geltend machen sollten, um eine allgemeine Abrüstung zu erzwingen. Ein zu diesem Zwecke unternommener Krieg wäre der gerechtfertigste, und dann sage ich, lieber ein Ende mit Schrecken, als Schrecken ohne Ende. Wir werden jede Vermehrung der Ausgaben ablehnen unserer eigenen Stärke wegen, denn ein im Frieden ausgeruhtes und in mäßigen Wohlstand gerathenes Volk wird im Kriege stärker sein, als ein im Frieden ausgemergeltes. (Beif. im Zentr.)

Abg. v. Bennigsen: Im Namen der ganz überwiegenden Mehrzahl meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir die Vorlage nach ihrem wesentlichen Inhalte annehmen. (Beifall rechts.) Ich beantrage die Ueberweisung derselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Vorredner haben sich aus politisch und militärisch-technischen Gründen gegen die Vorlage erklärt; der Abg. Reichensperger hat hinzugefügt, das, was zur Sicherung des Landes absolut nothwendig sei, würde er nicht ablehnen, die geforderte Vermehrung der Wehrkraft schiene ihm aber nicht nothwendig. Der Abg. Richter meinte, das Gefühl unserer Sicherheit, gestützt auf die große Wehrkraft Deutschlands, werde immer vorhanden sein und sich nach allen Seiten geltend machen, gleichgiltig, ob die Vorlage abgelehnt oder angenommen werde. Ich bedaure, daß nach meiner Auffassung das Ausland die Ablehnung dieser Vorlage in ganz anderem Lichte betrachten wird. (Sehr richtig rechts!) Nicht blos würde die Ablehnung der Vorlage, die von der Militärverwaltung und von dem größten Strategen für nothwendig erklärt wird, eine sehr bedenkliche Schwäche der Reichsregierung aufdecken, die für so dringend nothwendige Vorlagen eine Mehrheit im Reichstage nicht finden kann; das Ausland würde nicht mit dem Abg. Richter übereinstimmen, sondern mit dem Abg. Grafen von Moltke, daß angesichts der gesteigerten Heeresleistungen der benachbarten Länder dies das Wenigste ist, was verlangt werden muß. Eine Ablehnung würde nicht blos eine Schwäche der Regierung konstatiren, sondern die Neigung der Nachbarstaaten zu kriegerischen Konflikten stärken. Wir lehnen die Verantwortlichkeit von uns ab, die Verhältnisse besser beurtheilen zu können, als die Leitung unserer auswärtigen Politik und unsere vorzügliche Armeeverwaltung. Zu beiden Behörden ist ein großes Vertrauen im Lande vorhanden, sogar in den Kreisen der beiden Herren, welche die Vorlage bekämpft haben. (Sehr richtig!) Der Druck der Militärlast ist schon jetzt ein sehr schwerer und wird durch die Vorlage nicht unerheblich vermehrt werden. Aber wir haben heute vom Kriegsminister und vom Grafen Moltke gehört, daß sich die Regierung nur der bitteren Nothwendigkeit fügt. Wir bewilligen die Lasten für die Armee nicht der Regierung, die etwa, wie es in anderen Ländern vorgekommen und auch heute noch nicht ganz ausgeschlossen ist, die Armee für ihre Existenz gegen das eigene Land gebraucht, wir bewilligen sie nur für die Sicherheit des Vaterlandes. (Beifall.) Wir haben eine finanzielle Nothlage vor uns, wir suchen sie zu bessern; dadurch wird die Schwierigkeit der Vorlage noch erhöht; aber wenn die Nothwendigkeit

...nden ist, für Deutschlands Sicherheit neue Lasten zu übernehmen, tritt die Schwierigkeit der allgemeinen Finanzlage dagegen zurück. Denn es handelt sich dabei um eine dauernde Einrichtung und wir wissen doch alle, daß die Zustände in unseren Finanzen nur vorübergehende sein werden. Ich möchte mich dabei nochmals an den Abg. Reichensperger wenden. Wenn Sie wegen der schweren Belastung mit Millionen und auch aus anderen Gründen die Vorlage ablehnen, haben Sie doch im Falle der Annahme der Vorlage dem Lande dadurch einen Dienst geleistet, daß Sie im Vorjahre durch Ihre Stimmen die Bewilligung von 120 Millionen an Schutz- und Finanzzöllen entschieden haben (Unruhe), obwohl einer der Führer der Partei den richtigen Verdacht hatte, daß möglicherweise ein Theil dieser Steuern vom Kriegsministerium würde in Anspruch genommen werden. (Heiterkeit.) Im Gegensatz zu der Vorlage von 1874 verlangt die Vorlage die Erhöhung der Friedenspräsenz nicht für ewige Dauer, sondern nur für eine Reihe von Jahren. Die Regierung hat also den damals mit der Regierung vereinbarten Standpunkt akzeptirt. Der Abg. Richter sieht in diesem Vorgehen einen Widerspruch mit den Rechten des Reichstages, einen Konflikt mit dem legitimen Budgetrecht desselben. Ich wiederhole, was ich über diese Seite der Frage schon 1874 gesagt habe: es handelt sich hier um einen Konflikt von Rechten und Aufgaben, auf der einen Seite die militärische Sicherung Deutschlands, dadurch, daß man nicht die Friedenspräsenzziffer und ihre Organisation, also einen wesentlichen Faktor für die Kriegstüchtigkeit und Kriegsaufstellung unserer Armee, abhängig macht von den schwankenden Entschließungen bei den einzelnen Budgets, auf der anderen Seite steht das formelle Budgetrecht. Da sage ich: die Wichtigkeit des ersteren ist bedeutend größer als das letztere und deshalb bin ich als Volksvertreter berechtigt, mein Budgetrecht hier im Reichstage zu beschränken und aus überwiegend politisch-militärischen Gründen auf die jährliche Feststellung der Friedenspräsenzziffer beim Budget zu verzichten. Wenn der Reichstag dies damals im Jahre 1874 für nothwendig befunden hat, so behaupte ich ohne Besorgniß eines Widerspruchs, daß die Zustände des Reichs leider jetzt noch so viel weniger konsolidirt sind, daß eine jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke heute geradezu gefährlich wäre. Nach den Vorgängen der letzten Jahre haben sich die Parteiverhältnisse hier im Reichstage verschoben; die Gefahr, daß von Fall zu Fall in wichtigen Fragen sich zufällige Mehrheiten bilden, daß möglicherweise politische Kompensationsforderungen entstehen, die auch die wichtigsten und bedeutendsten Interessen der Nation in ihre Kombination hineinziehen, ist jetzt größer als früher. Mehr will ich nicht sagen, aber das scheint mir unbestreitbar, daß, wenn wir 1874 das Budgetrecht in seiner formellen Reinheit bezüglich der Friedenspräsenzstärke nicht aufrecht erhalten zu können glaubten, dies heute noch in viel höherem Maße der Fall ist; und Niemand weiß, ob in den nächsten Jahren schon die Zustände mehr konsolidirt sein werden. Man hat auf die politische Lage Deutschlands hingewiesen. Gewiß wird Niemand behaupten können, daß dieselbe heute günstiger geworden sei als 1874. Der Abg. v. Moltke hat bereits darauf hingewiesen, in welchem Maße die französischen Heereseinrichtungen vermehrt und verbessert worden sind; und doch haben wir es erlebt, daß schon bei der Hälfte der jetzigen Ziffer, nachdem die französische Armee gefangen, gefallen und eingeschlossen war, obgleich der erste Stratege unserer Zeit die deutschen Heere führte, die Franzosen doch noch 8 Monate lang einen für uns gar nicht ungefährlichen Widerstand haben leisten können. Die natürliche militärische Befähigung des französischen Volkes ist so groß, daß ein Krieg mit dieser Nation, abgesehen davon, daß **jeder** Krieg ein Unglück ist, unter allen Umständen ein gefährliches Unternehmen für jeden Nachbar Frankreichs sein wird. Wie viel ernsthafter wird also der Kampf werden, nachdem jetzt die französische Wehrkraft so erheblich verstärkt worden ist. Und gegen wen rüstet Frankreich eigentlich. Ist es jemals seit Jahrhunderten von irgend einem Nachbar, insbesondere von Deutschland angegriffen worden? Sind nicht alle Kriege, bei dem Frankreich betheiligt war, seit mehreren Jahrhunderten wesentlich von Frankreich provozirt worden? Ist Deutschland jemals der Angreifer gewesen? Welchen anderen Zweck können also jene französischen Rüstungen haben, als unter Umständen die verstärkten Armeen gegen uns zu führen? Es ist vielfach behauptet worden — und namentlich in Frankreich ist es ein beliebtes Thema —, daß unser Verhältniß zu Frankreich ein friedlicheres geworden wäre, wenn wir 1870 unsere alten Provinzen nicht wieder zurückgefordert hätten. Eine thörichtere Illusion kann ich mir gar nicht denken. (Sehr wahr!) Wenn Frankreich in der Lage wäre, stets einen großen Krieg zu führen ohne einen Verlust an Land, auch nicht an altem deutschen Stammlande zu erleiden, wenn wir schwach genug gewesen wären im Jahre 1871 wie 1815, das Geschrei nach Revanche für Paris und Sedan, nach der Rheingrenze würde noch viel größer gewesen sein, denn die Franzosen hätten den Krieg führen können mit den nicht unbeträchtlichen Hilfskräften Elsaß-Lothringens und mit einer für uns viel gefährlicheren Angriffsfront. Seit 1874 sind die Verhältnisse in Frankreich für uns jedenfalls nicht günstiger geworden. Damals konnte man noch zweifelhaft sein, ob das Experiment der republikanischen Verfassung glücken werde. Bei den verschiedenen Regierungsverhältnissen in Frankreich ist die Gefahr keinesfalls gering, daß eine unter einem starken populären Drucke stehende Regierung alle inneren Schwierigkeiten nach außen wirft. Die Regierungen in Frankreich sind nicht unter allen Umständen so stark, daß sie chauvinistischen und Revanchegelüsten unter allen Umständen entgegentreten, namentlich wenn ihre Existenz mit einem solchen Kriege zusammenhängt. Frankreich gegenüber ist die Situation bedenklicher geworden, daß diese maßvolle Vermehrung unseres Heeres schon allein Frankreich gegenüber sehr wohl verantwortet werden kann. Nach den vom Grafen Moltke mitgetheilten Zahlen steht fest, daß wir den Zahlen nach Frankreich noch nicht gewachsen sein würden und nur die große Intensität der Kraftentwickelung, die Organisation und Leitung der Armee giebt uns die Sicherheit, daß wir auch mit geringerer Zahl das Wagniß unternehmen können. Wir hatten damals das Glück im französischen Kriege, daß wir unsere ganzen Kräfte gegen Frankreich verwenden konnten, wir brauchten kaum eine Besetzung der Grenzen im Osten. Ob wir unter allen Umständen wieder in derselben Lage sein werden? Wer wird wagen, das zu behaupten! Die friedlichste Gesinnung des jetzigen Herrschers in Rußland sichert uns nicht vollständig bei den Zuständen in diesem Reiche. Der Abg. Richter hat von den nihilistischen Bestrebungen dort gesprochen. Diese Bestrebungen und Verschwörungen, die allerdings das entsetzlichste Beispiel des schwärzesten Undankes und verbrecherischer Brutalität liefern gegen einen Herrscher, der edel denkend und gerecht als Befreier von Millionen seiner Unterthanen aus der Leibeigenschaft dasteht, wie es kaum etwas Aehnliches in der Geschichte giebt. (Sehr wahr!) Die Nihilisten werden zu einer wesentlichen Aktion — mag auch ihr Einfluß wachsen — niemals geeignet scheinen, aber wenn wir unbefangen die Zustände in unseren Nachbarländern prüfen, so können wir uns dem nicht verschließen, so unangenehm es uns auch sein mag: in sehr einflußreichen Kreisen Rußlands ist zum Schaden der eigenen inneren russischen Verwaltung die Antipathie gegen das Deutschthum erschreckend gewachsen. Die panslavistische Bewegung hat Dimensionen angenommen und erstreckt sich in Kreise hinein, in welche sie früher nicht reichte, daß eine sehr große Gefahr für das übrige Europa und speziell für uns entstehen kann. Wer kann sagen, daß zu jeder Zeit eine russische Regierung stark genug ist, um dem noch weiteren Anwachsen der panslavistischen Ideen Widerstand zu leisten, wenn sie für ihre panslavistischen Interessen einen Angriffskrieg auf das übrige Europa fordern. Wenn nun die politischen Verhältnisse seit 1874 sicher nicht günstiger geworden sind, so ist allerdings ein Lichtblick vorhanden, das ist unser Verhältniß zu Oesterreich-Ungarn. Die diplomatisch-politische Aktion des Kanzlers im vorigen Jahre — man kann ja davon sprechen, wenn auch der Text der Vereinbarung nicht hinlänglich bekannt ist — welche das Bündniß mit Oesterreich herbeigeführt hat, hat in die Geschichte seiner politischen Thätigkeit eines der unverwelklichsten Lorbeerblätter geflochten. (Lebhafter Beifall.) Hier zum ersten Male hat der Kanzler, der bei der Erfüllung und Durchführung der schwierigen Aufgaben, welche er an Preußen und Deutschland gestellt hat, fast bei jedem Schritt auf starken Widerstand großer Kreise, großer Interessen, ganzer politischer und kirchenpolitischer Parteien gestoßen ist, hier zum ersten Male hat er eine politisch-diplomatische Aktion durchgeführt, wo alle Interessen, alle Parteien, ich kann sagen, ganz Deutschland ihm freudig zustimmen. (Beifall.) Leicht war diese Aufgabe gewiß nicht, und das, was für uns Deutsche das Erfreulichste sein muß, ist die große Unbefangenheit, die Selbstverleugnung, die Einsicht der beiderseitigen Interessen, welche die österreichische Regierung bei diesen Verhandlungen gezeigt hat. (Beifall.) Leicht war für Oesterreich der Schritt nicht nach dem Kriege von 1866, durch welchen es aus dem Verhältnisse mit Deutschland gelöst wurde, mit diesem neu eingerichteten Deutschland in ein solches Bundesverhältniß zu treten. Wenn die richtige Würdigung der Interessen in beiden Reichen zu dieser Verbindung geführt hat, so behaupte ich nicht zu viel, wenn ich hier ausspreche, daß wir Alle wünschen, daß diese Verbindung von Jahr zu Jahr erstarke und ihre Folgen auch zeigen möge auf dem wirthschaftlich-politischen Gebiete, wo sie bisher leider noch nicht eingetreten sind. Ich wiederhole, mit dem Wesentlichen der Vorlage sind wir einverstanden, wir lehnen die Verantwortlichkeit ab, gegenüber der politischen und militärischen Leitung in Deutschland, welche diese Vermehrung für nothwendig hält. Die überwiegende Zahl meiner politischen Freunde wird dafür stimmen, und ich hoffe im politischen Interesse Deutschlands, nicht blos wegen dieser Vorlage, daß sich eine sehr ansehnliche Mehrheit in Deutschland finden wird, die in gleicher Weise verfahren wird. (Beifall.)

Abg. **von Bühler** (Oehringen) spricht sich gegen die Vorlage aus; er plaidirt für die Einsetzung internationaler Schiedsgerichte, um bei Streitigkeiten zweier Nationen die blutigen und kostbaren Kriege zu vermeiden.

Abg. v. **Treitschke**: Den erschöpfenden und eindringlichen Ausführungen der Herren Grafen Moltke und v. Bennigsen habe ich nur Wenig hinzuzufügen. Der Abg. Richter hat vorhin mich, den Historiker der preußischen Jahrbücher, wie meine Nachbarn mir versichern, als den Verfasser des Artikels der preußischen Jahrbücher bezeichnet. Es wäre mir sehr schmeichelhaft, wenn ich diesen Artikel geschrieben hätte, aber ich versichere dem Abgeordneten Richter, daß ich seit 18 Jahren politisch nicht eine Silbe anonym geschrieben habe, was der Abgeordnete Richter wohl von sich nicht behaupten kann. (Heiterkeit.) Der Vorredner suchte unsere harten deutschen Herzen im Tone eines wohlwollenden Seelsorgers zu erweichen, und vorzustellen, was für blutgierige und kannibalische Naturen wir seien, den Welttheil beständig in kriegerischer Aufregung zu erhalten. Wir Deutschen tragen allerdings die Schuld daran, daß heute der Welttheil von Waffen starrt, weil wir, Dank Scharnhorst und seinen Freunden, jenes Heerwesen geschaffen haben, das, nachdem es einmal seine Kraft zeigte, von allen Nationen angenommen werden mußte. Ich will nur wünschen, daß unsere Nachbarn mit der Zeit auch als nothwendige Folge dieser Heeresorganisation sich die Gesinnung eines Volkes in Waffen aneignen. Jene friedfertige Gesinnung, die aus einem wörtlich nationalen Heerwesen hervorgeht, wird dereinst eintreten. Wir sind ferner Schuld an der Beunruhigung des Welttheils, weil wir uns unterstanden haben, endlich wieder eine Nation zu sein und zurückzufordern, was in Tagen der Schwäche uns von fremder Uebermacht geraubt wurde. (Beifall.) Die Zeit des bewaffneten Friedens wird erst dann enden, wenn die fremden Mächte sich daran gewöhnt haben, die Grundlage der heutigen europäischen Staaten-Gesellschaft, wie sie das Jahr 1870 geschaffen hat, als festdauernd und wohlgesichert zu betrachten, wenn sie gelernt haben, mit Deutschlands Stärke zu rechnen, wie sie in früheren Jahrhunderten auf unsere Ohnmacht rechneten. (Beifall rechts). Wie der Weg des Schicksals gehen wird, weiß ich nicht, aber wir werden das Ausland am leichtesten zu friedlichen Gesinnungen nöthigen, wenn wir in solchen Fragen unserer Macht alle Parteigegensätze, die uns im Innern zersplittern, gänzlich zurückstellen. (Beifall) Der Reichskanzler würde mit wenigen Worten besser als Viele von uns mit langen Reden ein Schlaglicht auf die Situation werfen können. Sein großes Verdienst ist es, daß die schwerste, dunkelste aller europäischen Fragen, die Katastrophe des osmanischen Reiches, sich bisher ohne einen europäischen Krieg abgewickelt hat. Ein Staatsmann, der einen so schlagenden Beweis dafür geliefert hat, daß seine Gesinnung die des friedfertigsten aller Völker, des deutschen ist, verdient wohl, daß wir vertrauen, er werde neue Rüstungen nur dann vorschlagen, wenn er von der Nothwendigkeit überzeugt ist. Die Thatsachen, die ihn dazu geführt haben, liegen vor Aller Augen; nämlich, daß die beiden Nachbarstaaten, welche nach ihrer Lage vor jedem Angriff am gesichertsten sind, fort und fort ihre Heeresstärke vermehren, daß an der Seine wie an der Newa — ich will den gelindesten Ausdruck gebrauchen — Parteien bestehen, die Todeshaß gegen Deutschland im Herzen hegen und endlich, daß in beiden Staaten die Kämpfe der Parteien schlechterdings unberechenbar sind. Ich will die Frage nicht erörtern, ob wir unsere Mannschaften, wenn die heilsame Hoffnung auf Verkürzung des dritten Jahres fehlt, noch weit genug bringen können in ihrer technischen Ausbildung, ob die Friedensbataillone bei einer zweijährigen Dienstzeit, wenn sie zur Hälfte aus Rekruten bestehen, Uebungen anstellen können, die etwas mehr sind als Schein- und Spiegelfechtereien. Vorläufig ist die dreijährige Dienstzeit in Deutschland Rechtens und da man auf den Bänken des Bundesraths, wie mir scheint, gar keine Neigung zu einer Verfassungsänderung hat, so sind alle Ausführungen dieser Art vorläufig in den Wind gesprochen. Ich erkenne jetzt das von der Majorität angenommene System des Septemnats an, verlange dasselbe aber von Jenen, denen auch das Septennat zu hart war. Eine häufige Wiederholung der heutigen Debatten würde auf das Ausland nicht beruhigend wirken und feste stetige Präsenzstärke auf eine längere Reihe von Jahren nicht erreicht werden. Ferner will der Kriegsminister — und dafür sage ich ihm meinen Dank — unsere Streitkräfte für den Kriegsfall wesentlich, in etwa 3 Jahren um 200,000 Mann, durch eine Maßregel vermehren, die finanziell und wirthschaftlich verhältnißmäßig sehr geringe Opfer fordert. Wenn unsere Ersatzreserve auf 20 Wochen im Jahre einmal durchschnittlich zu Uebungen berufen wird, so erfüllen wir damit nur eine Pflicht der Gerechtigkeit und ich kann gar nicht begreifen, wie die Herren von der Fortschrittspartei, die immer mit solcher Emphase von Rechtsgleichheit zu reden pflegen, diesen in der Vorlage enthaltenen demokratischen Gedanken gar nicht erkannt haben. (Sehr richtig!) In jeder Hinsicht kann ich dem Grundgedanken der Vorlage zustimmen und wünsche nach der Kommissionsberathung eine möglichst einstimmige Annahme derselben, damit das mißtrauisch und gespannt auf uns blickende Ausland wisse, daß wir in Fragen unserer nationalen Macht keine tiefgehenden Parteispaltungen kennen. In Frankreich kämpften 1875 die Parteien über tausend mal ernstere Fragen als wir, über die Grundlagen der Verfassung, ob Republik oder Monarchie, und trotzdem beschlossen ohne irgend welche Gefahr vom Auslande die Parteien einstimmig die Vermehrung des Heeres nahezu um das Doppelte. Die Nation erwartet von uns, daß wir dafür sorgen, Deutschlands Schwert scharf zu erhalten. Wir bedrohen Niemanden, aber unsere Nachbarn sollen wissen, daß, wenn sie die Grundpfeiler des neuen europäischen Gleichgewichts anzutasten wagen sollten, sie es mit einem waffengewohnten, starken und einigen Volke zu thun haben. (Beifall.)

Abg. **Richter** (Hagen) bemerkt persönlich, daß er erklärt habe, vom Standpunkte der allgemeinen Gleichheit und Gerechtigkeit ließe sich nichts gegen eine Ausbildung der Ersatzreserve einwenden; übrigens habe er nicht von „dem Historiker", sondern von „den Historikern" der preußischen Jahrbücher gesprochen. Nicht Kriegsformationen habe er verglichen oder die Friedenspräsenz Frankreichs von 1871 und jetzt (darin habe auch Graf von Moltke ihn mißverstanden), sondern er habe es als eine Erfindung der preußischen Jahrbücher bezeichnet, daß Frankreich seit dem Kadresgesetz von 1875 seine Friedenspräsenz um 144,000 Mann erhöht habe. Redner habe angeführt, daß Graf Moltke selbst 1874 die französische Friedensstärke mit 471,000 Mann angab, während sie heute 497,000 Mann betrage. Diese Zahl habe Graf Moltke für richtig erklärt, und beide Zahlen bestätigen, daß nicht der Artikel der „Jahrbücher" glänzend gerechtfertigt ist, sondern bei diesem Punkt auf purer Erfindung beruht.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung: **Dienstag** 11 Uhr. (**Fortsetzung der abgebrochenen Debatte; Etat.**)

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 1. März. Im Abrahamsschachte bei Freiberg ist gestern die Fahrkunst gerissen, wobei 13 Personen verunglückten; 11 von denselben wurden getödtet, 2 blieben bewußtlos.

Wien, 1. März. Der „Presse" zufolge ist die Konferenz von Vertrauensmännern des Abgeordnetenhauses, welche heute bei dem Handelsminister zusammentrat, von Letzterem aufgefordert worden, ihr Votum abzugeben über die Frage, welche Zölle in dem Handelsvertrage mit Deutschland ohne Schädigung der österreichisch-ungarischen Interessen gebunden werden könnten und welche Erhöhung eventuell bei diesen Zöllen eintreten müßte.

Luzern, 1. März. Bei dem Durchschlag des Richtstollens im Gotthard-Tunnel, der gestern Mittag 11 Uhr 10 Minuten erfolgte, stieß man, so weit mit bloßem Auge konstatirt werden kann, vollständig genau auf einander. In der Richtung von Norden nach Süden machte sich eine starke Luftströmung bemerkbar.

London, 1. März. Der „Daily Telegraph" meldet, anscheinend inspirirt, daß die von der „Civil and Military Gazette" bezüglich einer Theilung Afganistans gebrachte Mittheilung unbegründet sei, jedoch meint das Blatt, es sei möglich, daß Kandahar und Kabul unter britisches Protektorat gestellt würden.

Konstantinopel, 1. März. Die wegen des in der Nähe von Plevlje stattgehabten Zusammenstoßes zwischen einer österreichischen Kompagnie und einer Bande Bewaffneter angestellte Untersuchung hat ergeben, daß ein österreichisch-ungarisches Militärdetachement, nach Beendigung einer Uebung nach Plevlje zurückkehrend, ein Pelotonfeuer zu hören glaubte, deshalb umkehrte und drei Viehhirten, sowie einen türkischen Soldaten von dem Dienst habenden Militärkordon verhaftete.

Verantw. Redakteur J. V. Dr. jur. Paul Hörner in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 1. März. (Schluß-Course.) Fest, aber still. Lond. Wechsel 20,48. Pariser do. 8130. Wiener do. 172,25. K.-M. St.-A. 147½. Rheinische do. 158⅜. Hess. Ludwigsb. 106¾. K.-M.-Pr.-Anth. 134¾. Reichsanl. 99⅞. Reichsbank 156. Darmstb. 154⅞. Meininger B. 102¾. Oest.-ung. Bk. 725.00. Kreditaktien*) 268. Silberrente 61⅝. Papierrente 60⅝. Goldrente 73¾. Ung. Goldrente 87¼. 1860er Loose 124⅝. 1864er Loose —,—. Ung. Staatsl. 212,40. do. Ostb.-Obl. II. 79¼. Böhm. Westbahn 193¼. Elisabethb. 164. Nordwestb. 145¾. Galizier 225⅞. Franzosen*) 235⅞. Lombarden*) 77. Italiener —. 1877er Russen 88. II. Orientanl. 59⅝. Zentr.-Pacific 110⅝. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 266⅝, Franzosen 236, Galizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —. III. Orientanleihe —, Lombarden —' Schweizer. Zentralbahn —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 1. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien —, Franzosen 233¾, Lombarden —, 1860er Loose 124, Galizier 223, österreich. Silberrente 61⅝, ungarische Goldrente 86, II. Orientanleihe 59½, österr. Goldrente —, III. Orientanleihe —, Papierrente —, 1877er Russen —. Meininger Bank —. Sehr matt.

Wien, 1. März. (Schluß-Course.) Anfangs erholt in Folge der von der Kreditanstalt veröffentlichten Bilanzziffern, zum Schluß wieder abgeschwächt durch die berliner Coursnotirungen und die Steifheit der Valuta.

Papierrente 70,72½. Silberrente 71,80. Oesterr. Goldrente 85,40. Ungarische Goldrente 101,92½. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 128,50. 1864er Loose —,—. Kreditloose 179,00. Ungar. Prämienl. 113,10. Kreditaktien 302,00. Franzosen 274,00. Lombarden 88,60. Galizier 262,00. Kasch.-Oderb. 125,20. Pardubitzer 131,50. Nordwestbahn 169,20. Elisabethbahn 190,00. Nordbahn 2360,00. Oesterreich-ungar. Bank 837,00. Türk. Loose 17,80. Unionbank 120,00. Anglo-Austr. 156,10. Wiener Bankverein 155,25. Ungar. Kredit 282,00, Deutsche Plätze 57,45. Londoner Wechsel 117,95. Pariser do. 46,80. Amsterdamer do. 97,70. Napoleons 9,48½. Dukaten 5,54. Silber 100,00. Marknoten 57,95. Russische Banknoten 1,24½. Lemberg-Czernowitz 157,50.

Wien, 1. März. Abendbörse. Kreditaktien 398,80, Franzosen 273,00, Galizier 260,00, Anglo-Austr. 154,50, Lombarden 87,50, Papierrente 70,35, österr. Goldrente 85,30, ungar. Goldrente 100,40, Marknoten 58,10, Napoleons 9,48, 1864er Loose —,—, österr.-ungar. Bank —,—. Nordbahn —,—. Matt.

Florenz, 1. März. 5 pCt. Italienische Rente 91,17, Gold 22,38.

Paris, 1. März. (Schluß-Course.) Bewegt. Die Liquidation für Renten ist befriedigend verlaufen. Mittlere Reports, für 3prozent. Rente 0,12, 3prozentige amortisirbare 0,17, Anleihe von 1872 0,28.

3proz. amortisirb. Rente 85,60, 3proz. Rente 82,10, Anleihe de 1872 115,77½, Ital. 5proz. Rente 80,45, Oesterr. Goldrente 73¾ Ung. Goldrente 86⅝, Russen de 1877 89½, Franzosen 581,25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 195,00, Lombard. Prioritäten 261,00, Türken de 1865 10,60. 5proz. rumänische Anleihe 72,50.

Credit mobilier 725, Spanier exter. 16⅛, do. inter. 15, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 543, Societe generale 550, Credit foncier 1068, Egypter 282. Banque de Paris 927, Banque d'escompte 780, Banque hypothecaire 647, III. Orientanleihe $60\frac{3}{16}$, Türkenloose 38,00, Londoner Wechsel 25,23.

Paris, 1. März. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —, Anleihe von 1872 115,85, Italiener 80,82½, österreich. Goldrente 73¾, ungar. Goldrente 86,67½, Türken 10,55, Spanier extér. —, Egypter 285,62, Banque otomane —,—, 1877er Russen 89⅝. Lombarden —, Türkenloose 38,25, III. Orientanleihe 60⅝.

London, 1. März. Consols $97\frac{15}{16}$, Italien. 5proz. Rente 80⅛. Lombarden 7¾, 3proz. Lombarden alte 10¼, 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 —, 5proz. Russen de 1872 85, 5proz. Russen de 1873 84½, 5proz. Türken de 1865 10½, 5proz. fundirte Amerikaner 105¾, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungar. Gold-Rente 85⅝, Oesterr. Goldrente 73, Spanier 16¼, Egypter 56¼.

Preuß. 4prozent. Consols 98.

Platzdiskont 3 pCt.

Produkten-Course.

Köln, 1. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. März 23,60, pr. Mai 23,90, pr. Juli 23,60. Roggen loco 19,00, pr. März 17,80, per Mai 18,05, pr. Juli 17,70. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 29,70, pr. Mai 29,30, pr. Oktober 30,30.

Bremen, 1. März. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loko 7,35 bez., per April 7,50 bez., pr. Mai 7,65 Br., per August-Dezember 8,30 Br.

Hamburg, 1. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko ruhig, auf Termine still. Roggen loko still, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 229 Br., 228 Gd., per Mai-Juni 230 Br., 229 Gd. Roggen per April-Mai 166 Br., 165 Gd., per Mai-Juni 166 Br., 165 Gd. Hafer fest. Gerste ruh., Rüböl ruh., loko 56½, per Mai 56½. Spiritus matt, per März 51½ Br., per April-Mai 51½ Br., per Mai-Juni 50¾ Br., per Juni-Juli 50¾ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loko 7,30 Br., 7,20 Gd., per März 7,15 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. März. Weizen per 1000 Kilo loko 200—240 M. nach Qualität gef., gelber Märkischer 226—227 Mk. ab Bahn bezahlt, per Februar —,— bezahlt, per April-Mai 230 bez., per Mai-Juni 229—229½ bezahlt, per Juni-Juli 228½—229½ bezahlt, per Juli-August 219—219½ bezahlt, per September-Oktober 213½ bezahlt. Gekündigt 2000 Zentner. Regulirungspreis 227 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 172—180 M. nach Qualität gef. Russ. — a. B. bez., inländ. 172¾—178 M. ab Bahn bez., Klamm. — M. ab B. bez., per März 171½—172 bz., per März-April 171½—172 M., per April-Mai 172½—173½ bezahlt und Gd., per Mai-Juni 172½ bis 174—173½ bez.G., per Juni-Juli 171½—172½—172 bez.G., Juli-August 165½—166½ bez., per Sept.-Okt. 163—163½ bez. Gek. 6000 Ztr. Regulirungspreis 172 M bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 137 bis 200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 145—162 nach Qualität gef., Russischer 148—150 bez., Pommerscher 153—156 bez., Ost- und Westpreußischer 148—152 bez., Schlesischer 153—156 bez., Böhmischer 153—156 bez., Galizischer — bez., per Februar — M., per April-Mai 150½ bz., Mai-Juni 150½ bz., per Juni-Juli 152 bez., per Juli-August 153½—153 M. Gek. — Ztr. Regulirungspreis — bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 168—205 Mk., Futterwaare 155 bis 166 M. — Mais per 1000 Kilo loko 145—150 bez. nach Qualität. Rumän. — ab Bahn bez., Amerik. — M. ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50—30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0/1: 29,00—27,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,75 bis 24,75 M., 0/1: 24,50 bis 23,50 M., per Februar — bez., per März 24,25—35 bez., per März-April 24,25—35 bez., per April-Mai 24,25 bis 35 bez., Mai-Juni 24,25—35 bez., Juni-Juli 24,20—24,25 bez. Gek. — Zentner. Regulirungspreis —,— bez. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps 235—244 M., S./O. — bez., N./D. — bezahlt — Winterrübsen 230—240 M., S./O. — bez., N./D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 54,0 M., flüssig — M., mit Faß 54,3 M., per Febr. — bezahlt, per März 54,2 Mark, per März-April 54,2 Mark, per April-Mai 54,6 Mark, per Mai-Juni 54,8 Mark, per Juni-Juli —,— bez., per September-Oktober 57,7 Mark bezahlt. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. bez. — Leinöl per 100 Kilo loko 66,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,8 M., per Februar —,— M., per März 24,5 M., per März-April 24,1 M., per April-Mai 24,0 M., September-Oktober 25,5 bez. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 60—59,8—59,9 bez., per Februar — bez., per März 59,7—59,9—59,7 bez., per März-April — bez., per April-Mai 60,0 bis 60,2 bezahlt, per Mai-Juni 60,2—60,4 bez., per Juni-Juli 61,0 bis 61,2 bez., per Juli-August 61,8—62,0 bez., per August-September 62,2—62,4 bez. Gekündigt 30,000 Liter. Regulirungspreis 59,6 bez. (B. B.-Z.)

Stettin, 1. März. (An der Börse.) — Wetter: Trübe. + 6 Grad R. Barometer 27,10. Wind: SW.

Weizen matt, per 1000 Kilo loko gelber 215—225 Mark, weißer 215 bis 226 M., per Frühjahr 225 M. bez., per Mai-Juni 225,5 M. bez., per Juni-Juli 226,5 M. bez., per September-Oktober 213 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 165 bis 170 M., Russischer 165 bis 169 M., per Frühjahr 168,5 M. bez., per Mai-Juni 168 M., per Juni-Juli 167 M. bez., per September-Oktober 160,5—160 M. bez. — Gerste stille, per 1000 Kilo loco mittel Brau- 156 bis 158 M., feine do. 160 bis 168 M., Chevalier 170 bis 180 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loco inländ. 135—144 Mk., feiner Pomm. 148 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Winterrübsen stille, per 1000 Kilo loko 220—230 M., per April-Mai 242 M. Br., per September-Oktober 258 M. bez. — Winterraps per 1000 Kilo loko 225—235 M. — Rüböl matter, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 54,5 M. Br., per März 53,25 M. Br., per April-Mai 53,5 M. Br., per September-Oktober 56,75 Mk. bez und Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 58,9 M. bez., per Februar 58,5 M. Br., per Februar-März — M. bez., per März 58,8 M. bez., Br. und Gd., per Mai-Juni 60 M. bez. und Br., per Juni-Juli 60,7 M. Br., per Juli-August — M. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Rüböl 53,25 Mark, Spiritus 58,8 M. — Petroleum loko 8,75 M. tr. bez. Regulirungspreis 8,75 M.

Berlin, 1. März. Der gestrige Privatverkehr zeigte in Folge politischer Beunruhigungen auf dem internationalen Markte eine tiefe Verstimmung und weichende Kurse; dagegen lagen einheimische Eisenbahnaktien recht fest. Der heutige Verkehr eröffnete gut behauptet in verhältnißmäßig günstiger Stimmung. Doch trat nach 12 Uhr rasch eine kleine Abschwächung ein, welche sich vorzugsweise in großer Lustlosigkeit auf dem internationalen Markte geltend machte. Die telegraphisch gemeldeten Ziffern aus der Bilanz der österreichischen Kredit-Anstalt hatten hier wenig Eindruck gemacht. Dieselben bestätigen etwa die bisherige Annahme und boten dem Geschäft wenig neue Bewegung. Kreditaktien setzten einige Mark niedriger ein und erholten sich langsam. Franzosen und Lombarden waren Anfangs vernachlässigt; auch in anderen österreichischen Bahnaktien herrschte wenig Leben. Russische Werthe lagen matt, weil die westlichen Börsen schwache Meldungen sandten, und weil man für morgen Ueberraschungen aus Petersbung befürchtet. Laurahütte und Dortmunder Union gaben 1—2½ Prozent nach und fanden anfangs nur wenig Beachtung. Dagegen stellten sich einheimische Eisenbahnaktien, namentlich Bergische und Anhalter (angeblich auch auf Verstaatlichungsgerüchte), ferner Oberschlesische, Freiburger und Rechte-Oderuferbahn höher, weil man sehr gute Februar-Einnahmen erwartete; die übrigen Spielpapiere, auch fremde Anleihen, lagen sehr still; russische Noten behauptet. Gegen baar gehandelte Aktien erschienen fest; Eisenbahnaktien theilweise höher, Rumänier matt. Bankaktien fanden wenig Beachtung, Bergwerkspapiere behaupteten sich theilweise. Anlagewerthe fanden wenig Beachtung, lagen aber dennoch fest. — Die zweite Stunde verlief bei fortgesetzten kleinen Schwankungen lustlos. Die Nachrichten über die Debatten im Reichstage wirkten nicht ungünstig. — Per Ultimo notirte man Franzosen 475—3,50, Lombarden 154,50—153,50, Kreditaktien 535,50—8—536, Diskonto-Kommandit-Antheile 193—8,60—8,25, Hessisch-nass. Bergwerksverein 55—57,25 bez. u. Gd. Der Schluß war ziemlich schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 28. Februar 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	106,10 bz
do. neue 1876	4	99,80 bz
Staats-Anleihe	4	99,75 bz
Staats-Schuldsch.	3½	95,25 G
Od.-Deichb.-Obl.	4½	103,50 G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,80 bz
do. do.	3½	94,30 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,25 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	103,90 bz
do.	5	108,40 bz
Landsch. Central	4	100,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	93,25 bz
do. neue	3½	91,00 G
do.	4	100,20 B
do. neue	4½	103,20 bz
Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	90,10 G
do.	4	98,80 bz
do.	4½	103,20 bz
Pommersche	3½	90,40 B
do.	4	100,30 G
do.	4½	103,20 bz
Posensche, neue	4	99,25 G
Sächsische	4	99,00 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,50 bz
do.	4	99,25 bz G
do.	4½	101,10 bz G
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	103,30 G
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,20 bz
Pommersche	4	100,20 bz
Posensche	4	99,70 bz G
Preußische	4	99,70 G
Rhein- u. Westfäl.	4	100,50 G
Sächsische	4	100,30 bz
Schlesische	4	100,10 bz
Souvereignes		
20-Frankstücke		16,23 G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,19 G
Imperials		
do. 500 Gr.		1395,50 G
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,35 bz
Oesterr. Banknot.		172,50 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.		214,90 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,90 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	283,25 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	137,80 bz
do. 35 fl. Obligat.	—	174,75 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	Ziehung
Braunschw. 20thl.-L	—	Ziehung
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr.Anl.	3½	134,60 bz G
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	128,00 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	121,00 bz B
do. II. Abth.	5	119,90 bz B
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	189,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	186,00 bz
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	91,25 bz
Meininger Loose	—	Ziehung
do. Pr.-Pfdbr.	4	124,05 bz
Oldenburger Loose	3	156,00 G
D.-G.-C.-B.-Pf 110	5	107,10 G
do. do.	4½	102,70 bz B
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,10 bz
do. do.	4½	100,10 bz
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,00 B
Nrdd. Grdcr.-H.-A.	5	100,25 bz
do. Hyp.-Pfdbr.	5	99,20 bz

Pomm. H.-B. I. 120	5	105,90 bz G
do. II. IV. 110	5	103,25 bz B
Pomm. III. rkz. 100	5	99,80 bz G
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	106,75 G
do. do. 100	5	102,75 G
do. do. 115	4½	104,00 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	101,75 bz G
do. unk. rückz. 110	5	113,00 G
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	104,90 bz
do. do. 110	5	104,50 bz
Schles. Bod.-Cred.	5	104,50 bz G
do. do.	4½	103,30 G
Stettiner Nat.Hyp.	5	101,20 bz
do. do.	4½	99,50 bz G
Kruppsche Obligat.	5	110,00 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	101,50 bz
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	101,50 G
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	117,20 G
Oesterr. Goldrente	4	73,75 bz B
do. Pap.-Rente	4½	60,60 bz B
do. Silber-Rente	4½	61,75 bz G
do. 250 fl. 1854	4	115,40 bz
do. Cr. 100 fl. 1858	—	340,10 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,60 bz
do. do. v. 1864	—	Ziehung
Ungar. Goldrente	6	87,75 G
do. St.-Eisb.Akt.	5	85,30 bz G
do. Loose	—	211,00 B
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	81,90 B
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	50,60 G
Russ. Centr.-Bod.	5	
do Engl. A. 1822	5	84,70 bz
do. do. A. v. 1862	5	84,70 bz G
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	85,60 bz
Russ. cons. A. 1871	5	85,60 bz
do. do. 1872	5	85,70 bz
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	87,90 bz
do. Boden-Credit	5	78,25 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	151,10 bz
do. do. v. 1866	5	151,10 bz B
do. 5. A. Stiegl.	5	60,40 bz
do. 6. do. do.	5	81,00 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	80,50 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	65,60 bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	57,10 B
Türk. Anl. v. 1865	5	10,70 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	32,00 bz G

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg.Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst.Währ. 8 T.	172,60 bz
Wien.öst.Währ. 2 M.	171,70 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	214,40 bz
do. 100 R. 3 M.	212,80 bz
Warschau 100 R 8 T.	214,50 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	107,50 B
Bk.f.Rheinl.u.Westf	4	43,50 bz G
Bk.f.Sprit-u.Pr.-H.	4	54,50 bz G
Berl. Handels-Ges.	4	154,00 bz G
do. Kassen-Verein.	4	175,00 bz G
Breslauer Disk.-Bk.	4	97,90 bz
Centralbk. f. B.	4	20,20 bz B
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	92,00 bz B
Cöln. Wechslerbank	4	107,10 G
Danziger Privatb.	4	108,10 G
Darmstädter Bank	4	155,00 bz B
do. Zettelbank	4	107,00 B
Dessauer Creditb.	4	99,50 G
do. Landesbank	4	123,50 bz B
Deutsche Bank	4	148,50 bz G
do. Genossensch.	4	113,10 bz G
do. Hyp.-Bank.	4	93,50 G
do. Reichsbank.	4½	156,25 bz G
Disconto-Comm.	4	192,75 bz
Geraer Bank	4	98,80 bz G
do. Handelsb.	4	56,50 bz
Gothaer Privatbk.	4	101,00 bz B
do. Grundkredb.	4	95,75 bz G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	97,75 G
Leipziger Creditb.	4	152,00 bz G
do. Discontob.	4	100,10 bz G
Magdeb. Privatb.	4	114,00 B
Mecklb. Bodencred.	fr.	64,00 G
do. Hypoth.-B.	4	77,00 G
Meining. Creditbk.	4	102,50 bz B
do. Hypothekenbk.	4	94,50 bz G
Niederlausitzer Bank	4	102,25 G
Norddeutsche Bank	4	165,50 bz G
Nordd. Grundkredit	4	64,50 bz
Oesterr. Kredit	4	
Posener Spritaktien	4	53,50 bz
Petersb. Intern.Bk.	4	102,00 bz G
Posen.Landwirthsch	4	
PosenerProv.-Bank	4	112,00 bz B
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	94,50 bz G
do. Zentralbdn.	4	128,70 bz G
do. Hyp.-Spielh.	4	103,75 B
Produkt.-Handelsbk	4	76,00 bz G
Sächsische Bank	4	119,00 bz G
Schaaffhaus.Bankv.	4	105,10 bz
Schles. Bankverein	4	111,00 bz G
Südd. Bodenkredit	4	131,50 bz B

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	
Dannenb. Kattun.	4	21,00 B
Deutsche Baugef.	4	72,50 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	10,10 bz G
Dtsch. Stahl- u.Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	70,00 bz G
Dortmunder Union	4	15,10 B
Egells Masch.-Akt.	4	39,50 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	42,50 G
Floraf.Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	56,50 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	136,00 bz G
Georg-Marienhütte	4	114,50 bz G
Hibernia u. Shamr.	4	104,75 bz G
Immobilien (Berl.)	4	87,50 G
Kramsta, Leinen-F.	4	99,00 G
Lauchhammer	4	50,25 bz G
Laurahütte	4	138,00 G
LuiseTiefb.-Bergw.	4	73,00 bz G
Magdeburg.Bergw.	4	138,00 bz B
Marienhüt.Bergw.	4	81,25 bz G
Menden u.Schw.B.	4	106,50 bz G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	73,90 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A.Lit.A	4	91,25 bz G
Phönix B.-A.Lit.B.	4	61,25 bz B
Redenhütte conf.	4	228,00 bz
Rhein.-Nass.Bergw.	4	100,75 bz
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	29,00 bz
Unter den Linden	4	11,00 bz B
Wöhlert Maschinen	4	61,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	35,50 bzG
Altona-Kiel	4	140,90 bz
Bergisch-Märkische	4	110,00 bz
Berlin-Anhalt	4	109,50 bzG
Berlin-Dresden	4	16,25 bz
Berlin-Görlitz	4	26,40 bz
Berlin-Hamburg	4	193,50 bz
Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,60 bzB
Berlin-Stettin	4¾	115,00 bzB
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	107,10 bz
Cöln-Minden	4	147,40 bz
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	24,50 bzG
Hann.-Altenbeken	4	
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	31,00 bz
Magd.-Halberstadt	4	147,40 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	99,50 G
Niederschl.-Märk.	4	99,50 G
Nordhausen-Erfurt	4	28,75 bzB
Oberschl. Lit.A u.C.	3½	185,20 bz
do. Lit. B.	3½	152,75 bzB
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	60,50 bzG
Rechte Oderuferb.	4	144,50 bz
Rheinische	4	158,40 bz
do. Lit.B.v.St.gar.	4	99,00 bzB
Rhein-Nahebahn	4	12,20 bz
Stargard-Posen	4½	103,75 G
Thüringische	4	158,00 bzG
do. Lit.B.v.St.gar.	4	98,90 G
do. Lit.C. v.St.gar.	4½	104,90 bz
Weimar-Geraer	4½	53,00 bzG
Albrechtsbahn	5	28,00 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	122,00 bzG
Aussig-Teplitz	4	197,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	96,75 bz
Brest-Grajewo	5	
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	73,00 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	81,90 bzG
Kais. Franz Joseph	5	72,40 bzG
Gal. (Karl Ludwig.)	5	112,80 bz
Gotthard-Bahn	6	61,80 bzG
Kaschau-Oderberg	5	54,00 bzB
Ludwigsb.-Bexbach	4	
Lüttich-Limburg	4	18,25 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	
Oberhess. v.St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	293,50 bz
do. Litt. B.	5	291,50 bzB
Reichenb.-Pardubitz	4½	55,75 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	66,60 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	49,90 bz
Russ. Staatsbahn	5	138,50 bz
Schweizer Unionb.	4	25,20 bzB
Schweizer Westbahn	4	19,70 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	72,25 G
Vorarlberger	5	69,30 G
Warschau-Wien	4	247,00 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	41,25 bz
Berlin-Görlitzer	5	73,10 bzG
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	85,00 bz G
Hannover-Altenbek.	5	
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	100,50 bz G
Magd.-Halberst. B.	3½	88,75 bz G
do. do. C.	5	121,60 bz G
Marienb.-Mlawka	5	89,80 bz G
Nordhausen-Erfurt	5	94,00 bz G
Oberlausitzer	5	40,50 bz G
Ostpreuß. Südbahn	5	100,75 bz G
Posen-Creuzburg	5	75,75 bz G

Rechte Oderuf. Bahn	5	142,40 bz
Rumänische	8	109,25 bz G
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	84,50 bz
Weimar-Geraer	5	35,25 bz G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	101,00 B
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	104,50 bz
do. II.	4½	103,20 G
do. III. v. St. g.	3½	91,25 bz
do. do. Litt. B.	3½	91,25 bz
do. do. Litt. C.	3½	88,25 G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	103,20 G
do VI.	4½	103,60 bz
do. VII.	4½	103,30 bzG
Aachen-Düsseldf. I.	4	99,25 G
do. do. II.	4	99,25 G
do. do. III.	4½	102,50 G
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	98,75 G
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Dortm.-Soest	4	98,50 G
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Nordb.Fr.W.	5	103,00 bzG
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	102,50 G
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	102,50 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	103,00 G
do. Litt. B.	4½	103,00 G
Berlin-Görlitz	5	102,60 bz
do. do. Litt. B.	4½	101,20 bz
Berlin-Hamburg	4	99,25 G
do. do. II.	4	99,25 G
do. do. III.	5	103,10 bzB
Brl.-Ptsd.-M.A.B.	4	99,75 B
do. do. C.	4	99,25 G
do. do. D.	4½	101,50 bzB
do. do. F.	4½	101,50 bzB
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,25 G
do. do. III.	4	99,25 G
do. IV. v. St. g.	4½	100,30 G
do. VI. do.	4	99,25 G
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	101,60 bzG
do. do. Litt. G.	4½	103,00 G
do. do. Litt. H.	4½	102,70 bzG
do. do. Litt. I.	4½	102,70 bzG
do. do. 1876	5	106,00 bzG
Cöln-Minden IV.	4	99,00 bz
do. do. V.	4	99,00 bz
do. do. VI.	4½	101,30 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 bzG
do. do. C.	4½	103,60 bzG
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Magd.-Halberstadt	4½	101,50 G
do. do. de 1865	4½	101,40 bz
do. do. de 1873	4½	101,40 bz
do. Leipz. A.	4½	102,10 G
do. do. B.	4	99,20 bzG
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	85,00 bz
Niederschl.-Märk. I.	4	
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	99,75 B
do. do. III conv.	4	99,00 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	99,40 B
do. E.	3½	91,50 G
do. F.	4½	
do. G.	4½	103,10 G
do. H.	4½	103,50 bz
do. v. 1869	4½	103,90 G
do. v. 1873	4	103,90 G
Oberschles. v. 1874	4½	103,00 G
Brieg-Neisse	4½	102,25 bz
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	103,25 bz
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	99,50 G
do. do. II.	4½	102,75 G
do. do. III.	4½	102,75 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,40 B
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,40 B
Rheinische	4	100,00 B
do. v. St. gar.	3½	92,00 G
do. v. 1858, 60	4½	101,80 bz G
do. v. 1862, 64	4½	101,80 bz G
do. v. 1865	4½	101,80 bz G
do. 1869, 71, 73	4½	101,80 bz G
do. v. 1874,	5	101,50 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	104,00 B
do. II. do.	4½	104,00 bz
Schlesw.-Holstein	4½	
Thüringer I.	4	100,00 B
do. II.	4½	
do. III.	4	103,50 G
do. IV.	4½	103,50 G
do. VI.	4½	103,50 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	84,20 B
Gal. Karl-Ludwig I.	5	91,30 bz
do. do. II.	5	88,90 bzG
do. do. III.	5	88,50 G
do. do. IV.	5	88,50 G
Lemberg-Czernow. I.	5	76,00 bzG
do. II.	5	78,50 G
do. III.	5	73,60 bzG
do. IV.	5	71,80 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	30,25 bz
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	379,00 bzB
do. Ergänzsb.	3	361,00 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,40 B
do. II. Em.	5	104,40 B
Oesterr. Nordwest.	5	87,10 bzG
Oest.Nrdwstb.Lit.B	5	83,10 bzB
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	74,60 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	80,00 bzG
do. do. 1869	5	78,10 bzG
do. do. 1872	5	78,10 bzG
Rab-Graz Pr.-A.	4	92,00 bzG
Reichenb.-Pardubitz	5	78,80 bz
Südösterr. (Lomb.)	3	262,75 bz
do. do. neue	3	263,25 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	93,40 bz
Brest-Grajewo	5	85,90 bz
Charkow-Asow g.	5	92,00 bz
do. in Lstr. a 20 40	5	84,00 G
Chark.-Krementsch.	5	89,00 bz
Jelez-Orel, gar.	5	91,00 G
Koslow-Woron. gar	5	94,00 G
Koslow-Woron. Ob.	5	78,50 G
Kursk-Chark. gar.	5	91,50 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	79,90 B
Kursk-Kiew, gar.	5	95,75 bz
Losowo-Sewast.	5	79,50 B
Mosko-Rjäsan	5	103,25 bzG
Mosk.-Smolensk	5	93,00 B
Schuja-Iwanow.	5	91,50 bzB
Warschau-Teresp.	5	94,00 G
do. kleine	5	94,00 G
Warschau-Wien II.	5	101,80 G
do. III.	5	100,75 G
do. IV.	5	98,00 bzG
Zarskoe-Selo	5	73,50 bz

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.